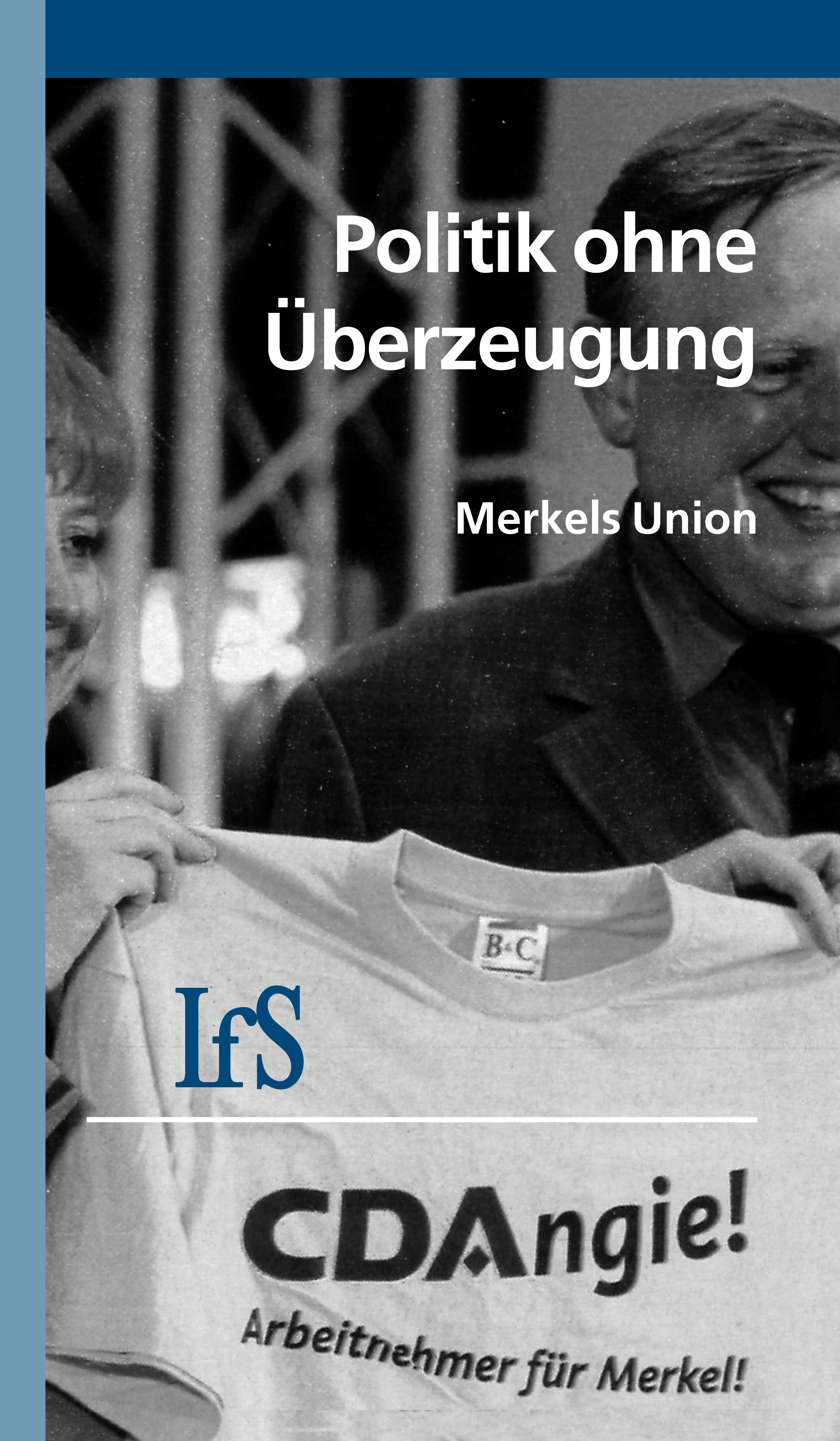
Institut für Staatspolitik

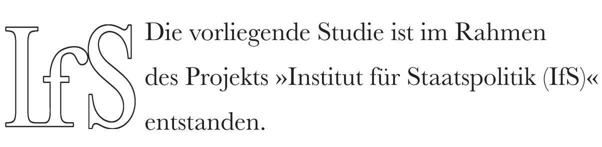
Wissenschaftliche Reihe – Heft 8

Politik ohne Überzeugung

Merkels Union



IfS



Die vorliegende Studie ist im Rahmen des Projekts »Institut für Staatspolitik (IfS)« entstanden.

Das IfS arbeitet seit Mai 2000 an der Zuspitzung politischer und metapolitischer Fragestellungen. Mittel dieser Arbeit sind Studien, eine eigene Zeitschrift – »Sezession«, Kollegs mit bis zu 400 Teilnehmern in Berlin sowie Akademien für Schüler und Studenten.

Das IfS arbeitet parteiunabhängig und lebt ausschließlich von der Unterstützung durch private Fördermittel.

Mehr Informationen finden Sie unter www.staatspolitik.de.

Politik ohne Überzeugung

Merkels Union

Wissenschaftliche Reihe – Heft 8
Arbeitsgruppe 2: Politische Kultur

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
Fax 034632 90942 · www.staatspolitik.de

Inhalt

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda · Fax 034632 90942 · www.staatspolitik.de

Einleitung

Am Ende des Jahres 2005 steckt die Bundesrepublik Deutschland in einer schweren Krise. Vielen dämmert es langsam, daß in Bereichen wie Wirtschaft, Zuwanderung, Demographie, Bildung oder innerer Sicherheit nur noch drastische Maßnahmen überhaupt eine Wende hin zur Stabilisierung und Zukunftsfähigkeit des Landes herbeiführen könnten. Solche Maßnahmen würden allerdings einen grundsätzlichen mentalen Wandel erfordern, der angesichts einer nach wie vor ungebrochenen Lufthoheit linksliberaler Weltanschauung in Politik und Medien nicht in Sicht ist.

Die Stärke der Linken verdankt sich auch der Schwäche der Rechten. Die Christlich-Demokratische Union (CDU) blickt auf eine unglaubliche Erfolgsgeschichte in der alten Bundesrepublik zurück. Lange Zeit konnte sie als die Staats- und Volkspartei Deutschlands schlechthin gelten, welche die historische Entwicklung des Landes nach dem Krieg entscheidend geprägt hat. Wahrscheinlich ist es gerade diese Erfolgsgeschichte im westdeutschen Teilstaat, die es der Partei nach 1989 so schwer machte, mit dem Wandel der außenpolitischen und innenpolitischen Grundlagen des Staates mitzuhalten und darauf mit neuen Visionen zu antworten. Unter Merkels Führung zeigt sich die Union noch nicht einmal mehr in der Lage, die wirklich heiklen Fragen der staatlichen Existenz Deutschlands auch nur zu thematisieren. Es ist der programmatische und auch personelle Niedergang der CDU, der sich seit 1998 auch an der Wahlurne bitter rächt.

I. Merkels Konservativismus

Drei Wurzeln der Union

Die CDU hatte gegenüber der SPD immer einen gewaltigen Vorteil: Sie kämpfte nie einen Kampf gegen irgendwelche Grundüberzeugungen von gestern. Das liegt daran, daß sich die CDU zeit ihres Bestehens pragmatisch gibt und das Pathetische einer Grundüberzeugung ablehnt. Jedoch ist dieser tagespolitische Vorteil fehlender Beschränkung durch Grundsätzliches gleichzeitig ein großer Nachteil. Besonders im Spiegel der programmatischen Entwürfe wird deutlich: Ein Identitätsproblem hatte diese »konservative« Partei eigentlich schon immer. Programmarbeit wirkte häufig desintegrativ. Aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung konnte die CDU niemals überzeugend als Programmpartei auftreten. Zusammengeschweißt wurde sie mehr durch den gemeinsamen Erfolg, als durch gemeinsame Überzeugungen. Adenauer hatte das Kunststück vollbracht, christlich-soziale Katholiken aus der alten Zentrumspartei, badische Altliberale und protestantisch-deutschnationale Norddeutsche unter einem brüchigen Dach zu vereinen, zusammengehalten durch die starken Klammern eines strikten Antikommunismus (zumindest eine Art »Grundüberzeugung«) und eines bewußt unscharf gehaltenen »christlichen Menschenbildes«. Seitdem spricht man von den drei Wurzeln der CDU, einer sozialen, einer liberalen und einer »konservativen«. In Merkels Generallinie hat sich nurmehr die liberale Strömung als die dominante durchgesetzt.

Wirtschaftspolitischer Liberalismus

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet knüpfte Merkel mit ihrer »Neuen Sozialen Marktwirtschaft« programmatisch an den wirtschaftsliberalen Kurs des einst umstrittenen Kanzlers Ludwig Erhard an. Ausbau des Niedriglohnsektors, Steuervereinfachung, Lockerung des Kündigungsschutzes, Betonung von Selbständigkeit und Eigenvorsorge waren die Schlagworte, die das »Neue« an der sozialen Marktwirtschaft vor allem in der Reduzierung der Bedeutung des Wörtchens »sozial« erscheinen ließen. Als integrative Ergänzung zum »kalten« Wirtschaftsliberalismus brachte Merkel zusätzlich den Begriff der »Wir-Gesellschaft« in die Debatte ein, ebenfalls angelehnt an Erhard, dessen Konzept der »formierten Gesellschaft« allerdings seinerzeit ähnlich blaß erschien. Ein solcher wirtschaftsfreundlicher Kurs ist in der Geschichte der CDU keinesfalls etwas Neues, sondern kann mit gewissen Abstrichen als programmatische Hauptlinie

gelten. Zwar gab es aufgrund des anfangs recht starken Einflusses von katholischen Gewerkschaftern der Weimarer Republik einen großen programmatischen Schlenker in Richtung eines »christlichen Sozialismus« im Ahlener Programm vom 3. Februar 1947. Dies entpuppte sich aber bald als lediglich taktisch begründete Durchgangsstation hin zu den »Düsseldorfer Leitsätzen« vom 15. Juli 1949, welche inhaltlich stark von den marktwirtschaftlichen Forderungen der Unternehmer geprägt waren. Seither dominiert im großen und ganzen der Wirtschaftsliberalismus die Politik der Union, allerdings immer eingeschränkt durch viele programmatische und häufig auch praktische Zugeständnisse an den sozialen Flügel der Partei. Diese sozialen Zugeständnisse sind in ihrer Integrationkraft kaum zu unterschätzen. Immer wenn die CDU in der Vergangenheit auf eine wirtschaftsliberale Programmverschärfung drang – etwa unter Erhard, auch wieder unter Franz Josef Strauß, scheiterte sie damit. Diesem Schicksal konnte Merkel nur knapp und nur aufgrund der Spaltung der Linken entgehen.

Gesellschaftspolitische Liberalisierung

Die wirtschaftsliberale Radikalisierung verknüpfte Merkel zudem mit einem Kurs, der bei gesellschaftspolitischen Themen ebenfalls auf Liberalisierung setzte. Zunächst revidierte Merkel schon früh das traditionelle Familienbild der Union, nahm Alleinerziehende oder nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern in die Familiendefinition mit auf und ließ im Programm »Respekt« gegenüber homosexuellen Partnerschaften bekunden. Forderungen nach mehr und besserer Kinderbetreuung, um Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Karriere zu erleichtern, rundeten dieses Bild ab. Auch das war kein Bruch der CDU-Tradition, hatte doch schon Heiner Geißler mit seiner »Neuen sozialen Frage« in den Siebzigern diese Gruppen für die Union entdeckt. Merkel stärkte außerdem die »Lesben und Schwulen in der Union« (LSU) und wertete sie als Parteiorganisation auf. Um die Wahlergebnisse in urbanen Siedlungsgebieten aufzubessern, initiierte Merkel nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 den Arbeitskreis »Große Städte« unter der Führung von Jürgen Rüttgers, der Konzepte zur programmatischen Annäherung an die »angegrünten« urbanen Mittel- und Oberschichten ausarbeitete, vor allem in der Familien-, Bildungs- und Kulturpolitik, aber auch bei den Themen Ausländerintegration sowie Umwelt- und Verbraucherschutz. Man öffnete sich für kommunales Ausländerwahlrecht, muttersprachlichen Unterricht für Türken, ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige und steuerliche Verbesserung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.[1] Im Zuge dieser ganz in Orange gehaltenen Imageerneuerung erfolgte auch die Aufwertung des Deutsch-Türkischen Forum (DTF) der CDU nebst Infragestellung der Ablehnung eines Türkeibeitritts zur EU, um die türkischstämmigen Wähler in den Städten anzusprechen. Langfristig sollten auf diesem Wege schwarz-grüne Koalitionen

salonfähig gemacht und somit der CDU ein weiterer potentieller Koalitionspartner beschert werden.

Das Bröckeln alter Kernbestände: Christentum und Antikommunismus

Der vergleichsweise radikale gesellschaftspolitische Liberalisierungskurs der Merkel-Union war und ist aus mehreren Gründen ein strategischer Fehler. Er verschärft die alten Identitätsprobleme der Partei erheblich. Bisher hat die Partei noch keinen adäquaten Ersatz für den Antikommunismus und das »christliche Menschenbild« gefunden. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks hat sich der Antikommunismus – durch die Entspannungspolitik auch vorher schon geschwächt – als mentale Klammer der Partei mehr oder weniger erübrigt und kann über die Gegnerschaft zur Nachfolgepartei der SED nur mühsam aufrechterhalten werden. Auch mit dem zweiten ursprünglichen ideellen Kernbestand der CDU ist es nicht mehr weit her, die abnehmende Kirchenbindung der Bevölkerung ließ die Bedeutung des »hohen C« schon seit längerem merklich in den Hintergrund treten. Zwar bezweifelte auch unter Schäuble und Merkel niemand ernsthaft die christliche Wertebasis der Union, aber in Programmpapieren blieben die Hinweise darauf sehr spärlich. Merkel dürfte zudem mit der Aussage, sie würde sonntags gern auch mal ausschlafen, viele christliche Würdenträger nicht besonders amüsiert haben. Schließlich sorgte sie mit der Wahl von Wolf Singer zum Festredner ihres 50. Geburtstags im Jahr 2004 für Furore. Der Hirnforscher hält es für unwahrscheinlich, daß der Mensch über den freien Willen verfügt, sich für das Gute oder das Böse zu entscheiden.

Status der Parteikonservativen

Während die alten identitätsstiftenden Elemente der CDU zunehmend an Kraft verloren und immer noch verlieren, sah es bis zur Wahl der Vorsitzenden Merkel für kurze Zeit deutlich nach einer stärker nationalkonservativen Profilierung der Partei aus. Diese Strömung ist das Erbe der norddeutsch-protestantischen Wählermilieus der alten Deutschnationalen Volkspartei der Weimarer Republik, welche Adenauer mit einem großen Aufgebot an symbolischen Gesten – etwa der Abhaltung des Gründungskonvents im norddeutschen Goslar – sowie konfessionellem Proporz in der Parteistruktur mühsam zu integrieren vermochte. Als »Dauerkoalition von Zentrum und DNVP« agierten die Christdemokraten aus einer prekären doppelten Frontstellung heraus. Im Westen und Südwesten, gerade in katholischen Gebieten, wünschte man keine Wiederauflage des alten, von Preußen dominierten nationalen Machtstaates, mit dem man durchaus schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Gleichzeitig schlossen sich aber wegen der radikalen

Gegnerschaft zum Kommunismus viele Nationalkonservative und norddeutsche Protestanten der CDU an, die an sich viel stärker nationalistisch ausgerichtet waren. Manche der ersten lokalen Gründungen im Norden, etwa in Schleswig-Holstein oder in der Sowjetischen Besatzungszone, vermieden sogar zunächst das »C« im Parteinamen. Durch einen formellen deutschlandpolitischen Maximalismus, der sich aber mit Adenauers realpolitischem Primat der Westbindung schlecht vertrug, versuchte man diese Gruppe einzubinden. Da die Protestanten nur eine der beiden Frontstellungen der CDU teilen konnten, galten sie dennoch als unzuverlässige Anhänger, was sich durch den Rücktritt des ersten Innenminister Gustav Heinemann, zugleich Präses der evangelischen Synode, aus Protest gegen Adenauers Politik der Westintegration im Oktober 1950 auch bestätigen sollte. Dennoch blieben – aus Mangel an Alternativen – genügend Nationalkonservative bei der CDU, so daß Adenauer sich rühmen konnte, die Neugründung einer bürgerlichen Rechtspartei verhindert zu haben.

Seitdem galt, daß, wie Franz Josef Strauß es ausdrückte, »rechts von der CDU keine demokratisch legitimierte Kraft« entstehen dürfe. Dafür hatte die Union an einem starken nationalkonservativen Flügel zu tragen, der in den Auseinandersetzungen um die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition zusehends an Einfluß gewann und deshalb zu einem gefährlichen Potential für Helmut Kohl wurde. Dieser bemühte sich zur Verhinderung einer lebensfähigen Rechtspartei redlich darum, »die artikulationsfähige Rechte der CDU ein wenig geneigter zu machen, als sie es früher war«. Symbolische Gesten, wie etwa der Besuch des Soldatenfriedhofs von Bitburg mit Ronald Reagan oder ein Besuch bei Ernst Jünger, dienten diesem Zweck ebenso wie die erfolgreiche personelle Einbindung etwa Alfred Dreggers als Fraktionsvorsitzendem. Tatsächlich erkannte der »Herzens-Europäer« Kohl schon früh die zunehmende integrative Bedeutung eines nationalen Pathos, welches erst recht nach der Wiedervereinigung das bröckelnde christliche Selbstverständnis der CDU zum Teil zu ersetzen vermochte. Ebenso klar war er sich über die wachsende Sorge in der Bevölkerung bezüglich der Masseneinwanderung von Ausländern, welche nach dem Ende des Ostblocks die Kommunistenfurcht auf dem ersten Platz der kollektiven Ängste abzulösen schien. Mit Wolfgang Schäuble stand ein potentieller Nachfolger Kohls in den Startlöchern, der in der Lage war, diese mentale Disposition der Bevölkerung mit Konzepten und praktischer Politik anzusprechen.

Nationalkonservative Wende?

Ein gewisser Rechtsruck der CDU sowie der Gesamtgesellschaft nach 1989 war jedenfalls unverkennbar. Stoiber profilierte sich in Bayern mit einem harten Anti-EU-Kurs und forderte ausdrücklich einen Bruch mit der Tradition Adenauers. Die Grundsatzprogrammkommission der CDU wollte schon das Ziel

eines europäischen Bundesstaates aus dem CDU-Programmatik streichen. In den frühen Neunziger Jahren wurde das Asylthema in allen Medien zum Dauerbrenner. Kohls Präsidentschaftskandidat Steffen Heitmann sprach öffentlich von der »Überfremdung« des deutschen Volkes, Botho Strauß schrieb seinen »Anschwellenden Bocksgesang«. Wolfgang Schäuble setzte eine Verschärfung des Asylrechts durch und redete von »existentieller Inpflichtnahme« und »nationaler Schicksalsgemeinschaft«. Es spricht vieles dafür, daß dieser Rechtskurs, in Kombination mit der Wiederauflage des Antikommunismus in der Rote-Socken-Kampagne des damaligen Generalsekretärs Peter Hintze Helmut Kohl 1994 noch einmal die Wiederwahl sicherte.

Der nationalkonservative Kurs der CDU war so dominant geworden, daß der linksradikale Göttinger Verlag *Die Werkstatt* sich 1994 bemüßigt fühlte, einen warnenden Sammelband herauszugeben. Dort hieß es, nach Kohl sei ein endgültiger deutschnationaler Durchbruch in der CDU zu befürchten, den man explizit mit Kohls wahrscheinlichstem Nachfolger Wolfgang Schäuble in Verbindung brachte. Das Volksparteikonzept einer bürgerlichen Partei der Mitte sei dadurch in großer Gefahr. Von Helmut Kohl jedoch hieß es – in sinngemäßer Anlehnung an einen Ausspruch von Peter Glotz – man werde sich einst noch nach ihm zurücksehnen, denn der sei wenigstens kein Nationalist. Die Linksradikalen erhielten eine bemerkenswerte Schützenhilfe aus den Reihen der CDU. Dort beschwor Friedbert Pflüger seine Partei, einen Rechtsruck zu vermeiden, um zu verhindern, »daß Deutschland driftet«. Man solle sich nicht auf Mitte-Rechts-Wähler konzentrieren und aus der einstigen pluralen Volkspartei keine »rechtskonservative Groß-Sekte« machen. Rudolf Scharpings SPD rücke bewußt in die politische Mitte vor, aber die Union solle ihr dieses angestammte Feld nicht freiwillig überlassen.

Pflügers Alternative zum »Rechtsruck« ist genau das, was Angela Merkel seit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden umsetzt. Pflüger empfahl, wirtschaftspolitische mit gesellschaftspolitischen Liberalisierungen zu koppeln, also Privatisierung, Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Steuerreformen mit Geißlers alten »weichen Themen« und einer strikten Abgrenzung nach rechts zu verbinden. Helmut Kohl selbst schien das ganz ähnlich zu sehen. Auf dem Hamburger Parteitag 1994 warnte er vor einem »Zurück zum Nationalstaat vergangener Zeiten« und grenzte sich stärker als zuvor gegen nationalkonservative Positionen, vor allem auf außenpolitischem Gebiet, ab. Daß er 1998 die Wahlen so katastrophal deutlich verlor, lag nicht allein an dem unter Schäuble verschärften wirtschaftspolitischen Reformkurs, am Scheitern des »Bündnisses für Arbeit« oder an Lafontaines erfolgreicher Blockadepolitik im Bundesrat. Kohl wirkte vor allem durch sein Festhalten am unpopulären Euro in der Bevölkerung zunehmend ignorant, wie jemand, der sich nicht mehr um die eigenen, nationalen Belange kümmerte. Der unvorhergesehene Herausforderer Schröder setzte nicht nur den Kurs der SPD in Richtung »Neue Mitte« fort, sondern versuchte auch, Kohl in wichtigen

konservativen Profilierungsfeldern rechts zu überholen. Den Euro nannte er eine »kränkelnde Frühgeburt«. Zudem ließ er noch mitten im Wahlkampf ein neues Sicherheitsprogramm verfassen, das die Forderung nach unverzüglicher Ausweisung aller straffällig gewordenen Ausländer zur offiziellen SPD-Politik machte, nachdem er schon 1997 gefordert hatte: »Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus, und zwar schnell.« Die CDU hatte dem nichts mehr entgegenzusetzen. Zwar lagen die Sympathiewerte des stärker konservativ profilierten Wolfgang Schäuble im Durchschnitt auf der selben Höhe wie die von Schröder, aber Schäuble war nach der überraschenden Selbsternennung Kohls eben nicht der Kandidat der CDU geworden.

Merkels Opposition

Nach dem Machtverlust erwarteten viele, daß die CDU in der Opposition wieder stärker nach rechts rücken würde, um das verlorene Terrain gut zu machen. Und tatsächlich bestätigen Parteienforscher, daß dieser Weg der erfolgversprechendste gewesen wäre. »Die größten Erfolge hatte die CDU nach Kohl bezeichnenderweise dann, wenn sie an einfache nationale Emotionen appelierte. Kein Begriff beflügelte die öffentliche Diskussion wie die von Friedrich Merz geforderte ›Leitkultur‹. Und keine politische Kampagne war derart erfolgreich wie die gegen die doppelte Staatsbürgerschaft von 1999.«[11] Angela Merkel hat aber bezeichnenderweise gerade diesen beiden Aktionen die größte Skepsis entgegengebracht. Als Generalsekretärin unter Schäuble hatte sie »arge Probleme (...), die Unterschriftenkampagne mitzutragen«,[12] welche der neue Vorsitzende angeregt hatte. Allen Beteiligten war natürlich klar, daß diese Aktion einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit auslösen würde, aber der hessische Landesvorsitzende Roland Koch demonstrierte eindrucksvoll, wie man auch gegen die Medien einen Wahlkampf bestreiten und gewinnen kann. Mit dieser Aktion hat er offenbar einen Nimbus begründet, der ihm 2003 – trotz überzogenem Haushalt – die Wiederwahl mit absoluter Mehrheit sicherte.

Allerdings darf man die begünstigenden Umstände von 1999 nicht unterschätzen. Koch hatte das Wohlwollen des Parteivorsitzenden Kohl, einen geschlossenen Landesverband und das Stillhalteabkommen einer mächtigen Seilschaft im Rücken, als er sich mit den Medien und den Liberalen in der eigenen Partei anlegte. Ähnliches konnte Merz von sich nicht behaupten, als er im Oktober 2000 eher beiläufig den Begriff der »Leitkultur« im Bundestag verwendete und erklärte, eine Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern sei »überfällig«. Die folgende Debatte, gebremst und gelenkt durch die Vorsitzende Angela Merkel, führte immerhin zu einer gewissen Präzisierung der christdemokratischen Vorstellung von Leitkultur. Merz erklärte:

»Diese Verfassung hat sich als ungemein tauglich erwiesen, sie hat sich im überstürzenden Wandel politische Stabilität, Rechtlichkeit und individuelle Freiheit gesichert. Sie legitimiert sich durch sich selbst, braucht nicht den Zufluß aus vorpolitischen Identitätskonserven. Dies ist der Weg, den die Deutschen nach ihrer Katastrophe zurückgelegt haben. Das Grundgesetz garantiert die Freiheit der persönlichen Lebensführung und setzt ihr Grenzen. In diesem Rahmen muß das bunter werdende deutsche Volk eine Menge Differenz und Fremdheit aushalten. In diesem Rahmen allerdings müssen sich auch Ausländer einfügen.«

Daraufhin kündigte Merkel eine vertiefte Debatte über Nation und Patriotismus an, die sie allerdings mit der Erklärung gleich wieder beendete, ihr gefiele das französische Verständnis von Nation: »Eine Nation ist das, was eine Nation sein will. In einer solchen Nation können sich auch Deutsche ausländischer Herkunft wiederfinden.«[13] Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß selbst die liberale Vorsitzende Merkel Versuche zur stärker konservativen Profilierung der Partei unternahm (beispielsweise mit der Idee einer Unterschriftenaktion gegen den Türkeibeitritt zur EU), sich damit aber nicht gegenüber der innerparteilichen Opposition durchsetzen konnte, die vor allem von CDU-Bürgermeistern in größeren Städten mit Blick auf türkische Wählerpotentiale getragen wurde.

Solche Beispiele zeigen deutlich, daß dezidiert konservative Positionen gerade in der Funktionärselite der CDU an Boden verlieren, da diese Elite sich auch soziologisch immer stärker vom Kernpotential der CDU-Wähler unterscheidet. Mariam Lau hat den Sachverhalt wie folgt auf den Punkt gebracht: »Der typische Wähler ist 58, männlich, patriarchalisch, mittelständisch und provinziell; die Funktionärin immer öfter 40, hochgebildet, städtisch, selbständig.«[14] Merkel muß sich aufgrund der innerparteilichen Machtverhältnisse maßgeblich auf diese Teile des Apparates stützen und kann schon deshalb keinen allzu scharfen gesellschaftspolitischen Rechtskurs einschlagen. Statt dessen ergänzte sie programmatisch das konservative Element der Partei um das Präfix »wert-«, eine Linksverschiebung des Begriffs.[15]

In das Bild einer deutlichen Linksverschiebung der CDU unter Merkel paßt auch, daß die Partei im Rahmen des Schröderschen »Aufstands der Anständigen« gegen sich selbst demonstrierte.[16] Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung stellt nun die jüngste Koalitionsvereinbarung zwischen Union und SPD dar. Unter Merkels Regierungsverantwortung sollen die einschlägig bekannten Programme gegen »Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus (...) auf Dauer verstetigt« und ihr »Handlungsrahmen (...) umfassend ausgelegt« werden.[17] Analog zu dieser Entwicklung wurden die Träger einer dezidiert konservativen Ausrichtung unter Merkel entweder innerparteilich unterdrückt, etwa im Falle des Christlich-Konservativen Deutschlandforums, oder – wie im Fall Martin Hohmanns – sogar aus der Partei entfernt. Die Sympathie der Medien und der tonangebenden Schichten der Republik ist Merkel dabei immer sicher, aber die Wählerschaft läuft ihr davon.

Die strategische Problematik von Merkels programmatischer Verknüpfung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Liberalisierung besteht zuletzt gerade darin, daß man auf diese Weise sowohl die sozialen, als auch die national-konservativen Elemente der CDU gleichermaßen düpiert, während gleichzeitig außerhalb der Partei die soziale und die nationale Frage zunehmend erfolgreich miteinander verknüpft werden. Unter der rot-grünen Regierung ist das gesamtgesellschaftliche Klima in vieler Hinsicht konservativer geworden. Der wirtschaftliche Abstieg läßt die »postmateriellen« Utopien der alten Bundesrepublik fragwürdig erscheinen. In der Publizistik greift eine neue Ernsthaftigkeit um sich, die hohe Auflagen garantiert.[18] Schon im »Schröder-Patriotismus« deutete sich eine Renaissance der Identitätsfrage bei der Linken an. Zu all dem konnte die Merkel-Union keine überzeugenden Positionen entwickeln. Als etwa Schröder und Egon Bahr im Zuge ihrer Ablehnung des Irakkriegs von einem »Deutschen Weg« sprachen, fiel Edmund Stoiber damals nichts weiter dazu ein, als die Warnung vor dem Begriff, weil er mißverständlich sei und zu Ängsten führe.[19] Es ist Oskar Lafontaine, der mit seiner »Fremdarbeiter«-Äußerung zur Problematik ausländischer Billiglohnkräfte zuletzt vielleicht am deutlichsten das mittelfristige Potential einer Verbindung von nationaler und sozialer Frage deutlich gemacht hat. Die Linke kann aber nur deshalb so erfolgreich im nationalen Teich fischen, weil dieser von Merkels Union seit fünf Jahren strategisch vernachlässigt wird.

II. Merkels Sozialisation

Protestantisches Pfarrhaus

Die Sehnsucht nach einer genuin konservativen Gestaltung von Politik war es sicher nicht, die Angela Merkel auf ihrem Weg an die Spitze der CDU angetrieben hat. Was war es dann? Die christliche Prägung durch das evangelische Pfarrhaus, in dem sie aufwuchs? Horst Kasner, Merkels Vater, zog nach der Beendigung seines Theologiestudiums mit der gesamten Familie von Hamburg in die DDR, zu einer Zeit, als insgesamt 2,7 Millionen ihrer Einwohner lieber den umgekehrten Weg wählten. Kurz zuvor, am 17. Juli 1954, war Angela geboren worden. Im sozialistischen Staat mußte die Pfarrersfamilie einige Benachteiligungen in Kauf nehmen. Herlinde Kasner durfte ihren Beruf als Englisch- und Lateinlehrerin nicht mehr ausüben. Horst Kasner wurde Leiter einer kirchlichen Ausbildungsstätte. Den großen Einfluß, den er somit auf den theologischen Nachwuchs der DDR gewann und seine guten Beziehungen in den Westen, machten ihn für die sozialistische Obrigkeit interessant. Seine für manche Würdenträger der DDR unakzeptabel ambivalente Haltung, »er wollte beides sein: Mann der Kirche und loyaler Bürger der DDR«,[20] brachte ihm in Templin den Beinamen »Roter Kasner« ein.

Offensichtlich hatte Vater Kasner seinen Frieden mit der DDR gemacht. Als sein Sohn Marcus statt der Konfirmation die Jugendweihe erhielt, sorgte das in Kirchenkreisen für große Aufregung. Die Kasnerfamilie profitierte jedoch eindeutig von des Pfarrers kompromißbereiter Haltung. Angela konnte ohne größere Schwierigkeiten die erweiterte Oberschule besuchen, studieren und 1987 sogar in den Westen reisen. Angesichts solcher Vorteile sprach für sie auch nichts dagegen, den väterlichen Kurs der pragmatischen Loyalität zum System später selbst fortzusetzen. Sie wurde Pionier- und FDJ-Mitglied und war an der Akademie der Wissenschaften in Berlin als Kulturbeauftragte der FDJ aktiv. Manche Spekulation, daß es sich hier um eine wie auch immer geartete Übernahme der sozialistischen Staatsideologie durch die junge Wissenschaftlerin gehandelt habe, erscheint reichlich absurd. Aus ihrer Desillusionierung über die DDR machte sie *intra muros* keinen Hehl. Man wird das alles als an sich harmloses Mitläufertum einstufen können. Resistenz gegen Vereinnahmung bewies Angela Merkel nach einem Vorstellungsgespräch für die TU Ilmenau, als sie von zwei Stasi-Mitarbeitern zur Mitarbeit angeworben werden sollte, dies jedoch ablehnte. Auch den Eintritt in die SED vollzog sie nie. So läßt sich die heute spürbare Distanziertheit zwischen Merkel und ihrem Vater sicher nicht aus irgendwelchen Vorwürfen wegen seiner Anbiederung an das System erklären. Vielmehr dürften es eher Kasners Begeisterung für die lateinamerikanische Befreiungstheologie, seine Utopien – etwa die Vorstellung von einem »Sozialismus mit menschlichem

Antlitz« – und ähnliche Romantizismen sein, die Merkel von ihrem Vater trennen. Aus einem ganz ähnlichen Grund hielt sie sich auch von den politischen Oppositionsgrüppchen in der DDR fern. Ihr behagte – nach eigenen Angaben[21] – deren politische Romantik und basisdemokratische Diskussionskultur nicht besonders.

Technische Vernunft

Durch die Anstellung in der Akademie der Wissenschaften und die Konzentration auf physikalische Fragen konnte Angela sich sowohl gegenüber den Zumutungen der politischen Romantik ihres Vaters oder der oppositionellen Bürgerrechtler, als auch gegenüber dem Ideologiestaat einen gewissen Freiraum verschaffen. Die Naturwissenschaft galt in der DDR als eine ideologiebefreite Zone. Da die Akademie nur forschte und nicht lehrte, war diese Einrichtung für die SED relativ ungefährlich, und es herrschten weniger restriktive Zugangsbestimmungen. Hier eröffnete sich die Aussicht auf eine reibungslose Karriere der ehrgeizigen Angela, die schon als Schülerin durch besonders gute Noten aufgefallen war. Eine nüchterne naturwissenschaftliche Sicht auf die Dinge und das Bemühen um den Ausbau individueller Freiheit unter äußeren Zwängen können als das wesentliche Ergebnis von Merkels DDR-Sozialisation gelten. Allerdings muß man auch ein deutlich ausgeprägtes Mißtrauen gegen jedermann dazurechnen, zu dem sich eine schon vorhandene rationale Skepsis unter den Bedingungen der Diktatur verdichtet hatte. Dieses Mißtrauen führte zu dem Bestreben, authentische Gedanken und Gefühle möglichst durch ein spürbares Maß an Beherrschtheit zu verdekken, was das oft bemerkte »sphinxhafte« Wesen Merkels erklärt. Der alltägliche Druck des Überwachungsstaates und die Notwendigkeit zur Anpassung förderten zudem eine außerordentliche Fähigkeit zur realistischen Einschätzung von Situationen und Kräfteverhältnissen. In Kombination mit einer präzisen technischen Rationaliät versetzt diese Fähigkeit ihren Träger in die Lage, Risiken realistisch zu kalkulieren und die getroffenen Entschlüsse knallhart umzusetzen.

Mit diesen Voraussetzungen gelangte Merkel über den Demokratischen Aufbruch (DA) 1990 zur CDU, während zugleich Oppositionelle der ersten Stunde den DA wegen der neuen CDU-Nähe zuhauf verließen. Auch Merkels Familie arbeitete zum größeren Teil bei SPD und Grünen mit. Ihren eigenen Entschluß vermochte sie nie inhaltlich überzeugend zu begründen, aber der Grund war offensichtlich: »Sie erkannte, daß hier die Macht liegen würde.« Und tatsächlich, zwischen Merkels instrumenteller Vernunft, »für die der Machterhalt ein Selbstzweck ist und lediglich der gesteigerten Selbsterfahrung dient«[22] und der Funktionsweise der politischen Apparate der CDU, die sie schnell in den Griff bekommen sollte, besteht eine nicht zu übersehende Wahlverwandtschaft.

III. Merkels Führungsstil

Das System Kohl

Kurz nach Angela Merkels Wahl zur Parteivorsitzenden am 11. April 2000 in Essen bemerkte der Historiker Karlheinz Weißmann, daß nun viel davon abhängen werde, was und wieviel Merkel in ihrer Zeit als »Kohls Mädchen« vom mächtigen Übervater gelernt habe.[23] Das »System Kohl« funktionierte auf der Basis eines personalistischen und autoritären Führungsstils. Kohl hatte schon während seiner Zeit in der Jungen Union begonnen, ein Netzwerk von Vertrauten aufzubauen, das sich schließlich in alle Landesverbände und sonstigen Parteiorganisationen hinein erstreckte. Ralf Dahrendorf schätzte, daß am Ende der Ära Kohl mehr als die Hälfte aller Parteitagsdelegierten und Bundestagsabgeordneten dem Kanzler persönlich verpflichtet waren.[24] Kohl verstand es, die Ambitionen von Menschen mit seinen Lebenszielen zu verknüpfen. Das Prinzip von Lohn bei Loyalität und Strafe bei abweichendem Verhalten festigte diese Abhängigkeiten in der Partei und ließ – auch bedingt durch die Zunahme der Anzahl von reinen Berufspolitikern – den Typus des »Parteisoldaten« gedeihen, ein Typus, der nicht für die Politik, sondern von der Politik lebt, weil er ihr allein seinen gesamten gesellschaftlichen und ökonomischen Status verdankt. Alexander Gauland bemerkte, daß Kohl der erste bürgerliche Politiker mit einer »sozialdemokratischen Karriere« gewesen sei, ein Mann der Partei, des Apparates, für den Politik ein Beruf ist. Mit Kohl sei die politische Klasse zur Funktionselite geworden, die Legitimation allein aus dem täglichen Erfolg gewinne.

> »Das führt fast zwangsläufig zu Verbiegungen und Verformungen, zum Verlust innerer Unabhängigkeit, zu einem Mangel an Souveränität und der Unfähigkeit, loszulassen, zurückzutreten auch im übertragenen Sinne.«[25]

In einem Apparat von Parteifunktionären, die über Seilschaften und in Kungelrunden auf ihre Posten gehievt wurden, kommen Entscheidungen häufig auf inoffiziellem Weg zustande. Als demokratische Institution kann man daher so einen Parteiapparat nur sehr bedingt bezeichnen. Wie weit die Entmachtung der Parteigremien gehen kann, hat der späte Kohl eindrucksvoll demonstriert, etwa mit seiner Selbstnominierung zum Kanzlerkandidaten im Frühjahr 1997 in einem Interview, oder mit der selbstherrlichen Ausrufung Wolfgang Schäubles zum »Kronprinzen« gegenüber der Presse auf dem Leipziger Parteitag im Oktober 1997, nachdem die meisten Delegierten bereits abgereist waren. Die Stärke dieses Systems lag offensichtlich in seiner Eignung, den Machterhalt über Jahrzehnte zu sichern. Seine größte Schwäche bestand dagegen in der zunehmenden inhaltlichen Aufweichung, die es hervorrief.

Der Politologe Gerd Langguth, der als ehemaliges Mitglied des CDU-Bundesvorstandes das Phänomen aus der Binnenperspektive kennen muß, beschrieb den »*Politaholic*« als einen Charakter, dem es grundsätzlich weniger um »bessere Ideen« oder große Konzepte gehe, als vielmehr um den irrationalen Rausch der Macht. Man solle nicht einem »Kompetenzmißverständnis« erliegen, da Machtübertragung nicht vorrangig von der sachlichen Kompetenz eines Politikers abhängig sei, sondern vielmehr von der jeweiligen gesamtpolitischen Konstellation. Auch finde Machtkampf zunächst immer durch das Einbringen der eigenen Persönlichkeit, von Empfindungen, Sehnsüchten und Ängsten statt, so daß Sympathien und Leidenschaften tendenziell eine größere Rolle spielten als politische Inhalte. Politiker versuchten es daher grundsätzlich zu vermeiden, Minderheitenmeinungen zu vertreten oder »zu rigorose Ideen« durchzusetzen. Lieber schwankten sie sogar in fundamentalen politischen Fragen und seien in der Lage, in kurzer Zeit und auch mehrfach ihre Positionen zu verändern.[26] In seiner 1998 erschienenen Abrechnung mit dem System Kohl, kritisierte Horst Poller dieses kurzfristige Karrieredenken vieler CDU-Politiker:

> »Mandats- und Amtsträger, die bereit wären, mit allen Konsequenzen für ihre Überzeugung einzustehen, sind kaum mehr anzutreffen. Man schließt lieber Kompromisse, als daß man seine Position aufs Spiel setzt. Karrieredenken hat Vorrang: Wer wäre schon so ›dumm‹ zurückzutreten, weil politische Entwicklungen oder Beschlüsse seiner Überzeugung (so er denn eine hat) zuwiderlaufen? Überzeugungstreue gilt als zu mühsam. Überzeugungstäter sind nicht gefragt, sie sind zu unbequem.«[27]

Merkels Aufstieg

Angela Merkel hat es geschafft, an die Spitze des Funktionärsapparats der CDU zu gelangen und sich dort zu behaupten. Ihren Aufstieg verdankte sie einerseits der verzweifelten, fast schon anarchischen Situation der Partei in den Strudeln der Parteispendenaffäre, andererseits ihrer eigenen, kühl kalkulierenden Courage. Potentielle Konkurrenten waren in der Situation des Jahres 2000 durch ihre eigene Verstrickung in die Affäre (Koch) oder durch ihre schlechten Landtagswahlergebnisse (Rüttgers, Rühe) neutralisiert. Merkel hatte auch ein wenig Glück, denn die noch von Schäuble zur Beruhigung der Mitglieder angeordneten außerordentlichen Regionalkonferenzen im ganzen Land entwickelten sich in der Folge zu einer Art »Akklamationsorgan« für sie. Merkel wurde von der aufgewühlten Basis sicher nicht deshalb gewählt, weil sie für irgendein inhaltliches Profil stand; man wollte einfach eine vom Spendenskandal nicht betroffene »saubere« Kandidatin haben. Merkel hatte sich darüberhinaus mit ihrem berühmten *FAZ*-Artikel vom 22. Dezember 1999 für Höheres empfohlen, in dem sie den angeschlagenen Kohl aufforderte, sich aus der Politik zurückzuziehen und den Jüngeren das Feld zu überlassen.[28]

Der Andenpakt

Einmal an der Spitze angelangt, bewirkte Merkel einschneidende personelle Veränderungen und griff mitunter auch hart durch, etwa im Fall des Kohlgetreuen Hans Terlinden. Genau wie der späte Kohl umgab sie sich vor allem mit persönlichen Weggefährten, denen sie mehr Vertrauen als den alteingesessenen Parteifreunden entgegenbrachte. Durch die finanziellen Einbußen und die häufigen personellen Wechsel entstand eine ziemlich chaotische Situation in der Partei, von der sich Angela Merkel zunächst ein wenig überfordert zeigte.[29] Trotz anfänglicher Fehler gelang es ihr im Laufe der Zeit, die Partei zumindest *pro forma* zu einen. Ihr größtes Problem war dabei ihre schwache »Hausmacht«. Das Fehlen alter Seilschaften ließ Merkel immer wie einen Fremdkörper in der eigenen Partei erscheinen, und diese Seilschaften sind es auch, die den Aufstieg der »ostdeutschen Protestantin« bis heute nicht richtig verwunden haben.

Merkels größter Widerpart ist dabei im sogenannten »*pacto andino*« zu suchen, einer informellen männerbündischen Gruppe von ehemaligen Jungunionisten, die sich auf einer gemeinsamen Reise nach Santiago de Chile am 25. Juli 1979 zusammengeschlossen hatten und im Laufe der Jahre zur wichtigsten Seilschaft in der Union herangewachsen sind.[30] Die Andenpakt-Mitglieder wollten in der Zeit nach Kohl die Macht in der Union unter sich aufteilen und aus ihren Reihen die zukünftigen CDU-Vorsitzenden rekrutieren. Dieses Macht-Kartell ist keine inhaltlich homogene Truppe, wie sich leicht an den Mitgliedern ablesen läßt, zu denen etwa so unterschiedliche Figuren wie Friedbert Pflüger und Roland Koch, Christian Wulff und Peter Müller gehören, vielmehr geht es hierbei um gegenseitige Absicherung durch eine Art Nichtangriffsvereinbarung im Falle der politischen Krise eines Mitgliedes. Aussichtsreichster Aspirant für den CDU-Vorsitz aus diesem Kreise war bis zu Merkels Aufstieg der Hesse Roland Koch, der seitdem zu Merkels wichtigsten innerparteilichen Rivalen gehört. Viele Entscheidungen, die Merkel als Parteichefin und Oppositionsführerin getroffen hat, lassen sich nur vor diesem Hintergrund begreifen.[31]

Der Faktor Roland Koch

Direkt nach dem Sturz von Schäuble konnte Koch – trotz seiner triumphalen Wahl zum hessischen Ministerpräsidenten im selben Jahr – nicht zum Parteivorsitz greifen, da er selbst – als »Lieblingsenkel« von Helmut Kohl – tief in den Spendenskandal verstrickt war. Nur durch die Geschlossenheit des hessischen Landesverbands sowie das selbstlose Bauernopfer seines Andenpakt-Kumpanen (und heutigen Verteidigungsministers) Franz-Josef Jung vermochte Koch sich überhaupt zu halten. Doch schon ab Ende 2000 plante Koch seine Rückkehr in die große Politik. Bei der Kanzler-Frage für die Wahl 2002 spürte Angela Merkel zum

ersten Mal die Macht des Andenpaktes, welcher sich auf einem seiner typischen informellen Treffen für Stoiber entschieden hatte. Merkel verzichtete in der Folge auf die Kanzlerkandidatur, sorgte aber auch dafür, daß der Andenpakt durch die schiere Enthüllung seiner Existenz sowie durch wechselnde Kooperation mit einzelnen Mitgliedern des Paktes geschwächt wurde. Nachdem Koch 2003 in Hessen die absolute Mehrheit geholt hatte, leitete er unzweideutige Schritte zur Vorbereitung einer eigenen Kanzlerkandidatur ein. Er bügelte sein schroffes Image etwas glatt und kooperierte mit Peer Steinbrück in einer Initiative zum Subventionsabbau (Koch-Steinbrück-Papier), um seine Fähigkeiten in einer möglichen großen Koalition zu antizipieren. Er wollte sich nach der gewonnenen Wahl als radikaler, aber sachlich fundierter Sozialreformer gegen die bis dahin noch wolkig-unverbindliche Vorsitzende profilieren.

Aber bereits einen Tag nach seiner Wahl ließ Merkel den CDU-Vorstand die Einsetzung der Herzog-Kommission beschließen, deren inhaltliche Forderungen im Kern denen von Koch entsprachen. Durch gleichzeitiges Hofieren des frischen niedersächsischen Landtagswahlsiegers Wulff versuchte Merkel zusätzlich, Koch möglichst in die hessische Provinz zurückzudrängen.[32] In diesen Zusammenhang muß man auch die Hohmann-Affäre einordnen, mit der Merkel vor allem Koch nachhaltig zu schädigen versuchte – und zwar im Verbund mit Edmund Stoiber, der sich zu dieser Zeit noch Hoffnungen auf eine zweite Kanzlerkandidatur machte und in Koch offenbar den gefährlicheren Konkurrenten sah, als in Merkel.[33]

Merkels Strategie

Schaut man sich die Oppositionsstrategie der Union nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 an, so muß man auch hier Merkels Kurs als Reaktion auf ihre beiden großen innerparteilichen Herausforderer betrachten: erst Koch, dann Stoiber. Koch plädierte ab 2003 zunächst für eine harte und kompromißlose Opposition, um Rot-Grün noch vor Ablauf der Legislaturperiode aus dem Amt zu jagen. Mit Forderungen nach einem radikalem Umbau der Sozialsysteme und deren Durchsetzung auf dem Leipziger Parteitag hatte Merkel ihren Führungsanspruch dann inhaltlich aber genau mit derjenigen Rolle ausgefüllt, die eigentlich Koch – trotz eigener hessischer Haushaltsprobleme – übernehmen wollte. Ihm blieb danach nur noch ein von der Partei wenig honoriertes Lavieren zwischen den sich abzeichnenden Polen Stoiber und Merkel. Nachdem Merkel ihren Präsidentschaftskandidaten Horst Köhler gegen den von Koch favorisierten Schäuble durchgesetzt hatte, suchte sie sich in der Linie der Oppositionsführung von Kochs hartem Kurs abzugrenzen. In der Frage des Zuwanderungsgesetzes beispielsweise hatte die Union Rot-Grün zielstrebig vor sich hergetrieben mit immer neuen Forderungen zur Verschärfung. Dann einigten sich Schröder und Merkel in einem Spitzengespräch auf einen Kompromiß, bei dem Schröder letztlich als

Vater des Erfolgs glänzen konnte. Merkel nutzte die Unionsmehrheit im Bundesrat gerade nicht für eine radikale Blockadepolitik, wie einst Oskar Lafontaine, sondern kooperierte. Ihr Kurs der »konstruktiven Obstruktion«, der offiziell auf Zusammenarbeit setzte, betrieb die heimliche Zermürbung des Gegners durch sogenannte »Giftpillen«, also den Einbau von Kompromissen in Verhandlungsergebnisse, von denen man wußte, daß die Kritik daran nicht ausbleiben, aber eben der amtierenden Regierung zur Last gelegt werden würde.[34] Diese »sanftere«, aber auch hinterlistigere Strategie von Merkel ging allerdings nur bedingt auf. Der nach dem Ausscheiden Kochs aus dem engeren Anwärterkreis anhebende nervtötende Machtkampf zwischen Stoiber und Merkel um Kopfpauschale und wahlkampfuntaugliche »Leichtmatrosen« ließ den eigentlichen Gegner, die rot-grüne Regierung, bald aus dem Blickfeld geraten. Als dann Friedrich Merz – immer noch beleidigt wegen des an sich damals zu erwartenden Übergangs seines Fraktionsvorsitzes an die Parteichefin – als stellvertretender Fraktions- und CDU-Vorsitzender das Feld räumte, Schäuble öffentlich die Anfrage Merkels wegen einer Merz-Nachfolge ablehnte und auch noch Horst Seehofer auf der Strecke blieb, schien die CDU als Partei »ohne Flügel« auf einem Tiefpunkt angelangt. Aber Merkel hatte zumindest gezeigt, daß sie wie Kohl mit demonstrativer Härte gegen Abweichler vorzugehen bereit war, ohne Rücksicht auf Verluste.

Merkels Grenzen

Helmut Kohl verfolgte Abweichler ein Leben lang, etwa Heiner Geißler oder Kurt Biedenkopf, die schon 1989 gegen die verkrusteten Strukturen der Kohl-CDU zu rebellieren gewagt hatten. Er verfuhr nach der Maxime von Niccolo Machiavelli, daß es besser sei, gefürchtet als geliebt zu werden. Dieses Prinzip hat Merkel weitgehend zu dem ihren gemacht. Auch in verschiedenen anderen Punkten ist sie dem späten Kohl gefolgt. Sie neigt etwa dazu, die Parteigremien in wichtigen Fragen zu übergehen. So brüskierte sie den damaligen Fraktionsvorsitzenden Merz mit der Ankündigung, sie wolle nun mit Stoiber allein über die Kanzlerkandidatur 2002 bestimmen. Merkel setzt zudem Kohls Praxis fort, bestimmte programmatische Forderungen an der Partei vorbei in den Medien zu lancieren, so geschehen bei ihren Konzepten der »Wir-Gesellschaft« und der »Neuen sozialen Marktwirtschaft«. Auch umgibt sie sich mit nur wenigen Vertrauten, bei gleichzeitig stark ausgeprägtem Mißtrauen und Kontrollbedürfnis gegenüber dem großen Rest der Partei. Sie hat inzwischen den richtigen Einsatz des Telefons gelernt, um sich ein effektives Informationsnetzwerk aufzubauen.

Damit kann sie ihr Grundproblem der mangelnden Parteisozialisation, den fehlenden »Stallgeruch«, aber nur zum Teil kompensieren. Die Beziehungen, die sie in verhältnismäßig kurzer Zeit aufbauen mußte, basieren zum überwiegenden Teil mehr auf politischer Vernunft, als auf belastbaren persönlichen Sympathien.

Es ist Kohls Apparat, seine Arithmetik der Macht, die sich Angela Merkel mit ihrem naturwissenschaftlichen Sinn für technische Verfahren zu eigen gemacht hat. Insofern war sie eine gelehrige Schülerin des Oggersheimers. Was ihr weitgehend fehlt, ist die menschliche Vertrauensbasis, auf der Kohl sein Imperium zu errichten vermochte. Merkel hatte nur den späten Kohl erlebt und von ihm im wesentlichen das Einzelkämpferische, Autoritäre seines politischen Stils übernommen, ohne sich innerparteilich auf derselben sicheren Grundlage bewegen zu können wie der Altkanzler. Was Kohl in seiner frühen Phase noch vermochte, nämlich belastbare Freundeskreise aufbauen, im Team kämpfen, unabhängige und kreative Köpfe um sich sammeln und für die Partei produktiv werden lassen und nicht zuletzt über die Medien hinweg den Schulterschluß mit der Bevölkerung anstreben, eine direkte Brücke zum »einfachen Menschen« schlagen, all dies kann Angela Merkel nicht, oder nicht in ausreichendem Maße leisten, ihr fehlen die Integrationskraft und das Charisma Kohls. Über einen direkten Draht zur Bevölkerung verfügt sie keinesfalls, über großen persönlichen Rückhalt in der Partei ebenfalls nicht. Stets muß sie zudem die »Rache der Verlierer« fürchten, die sie nicht eingebunden hat, die aber immer noch über Einfluß verfügen.[35]

So fordern die großen innerparteilichen Siege Merkels langfristig ihren Preis. Jüngst hat der Andenpakt Friedrich Merz als neues Mitglied aufgenommen. Nun seien – so höhnte ein Sympathisant des Kreises – alle wichtigen CDU-Politiker in diesem Pakt versammelt, »bis auf eine«.[36] Merkels Weg stößt also trotz der von ihr immer wieder demonstrierten Durchsetzungsfähigkeit erkennbar auch an seine innerparteilichen Grenzen.

IV. Merkels Wahlkampf

Lehren aus Stoibers Niederlage?

Die meisten bundesrepublikanischen Parteienforscher, allen voran Professor Karl-Rudolf Korte, sind dem Grunddogma verpflichtet, Bundestagswahlen ließen sich nur in der politischen Mitte gewinnen. Von Korte liest man solch aufschlußreiche Sätze wie:

> »Die strategische Antwort auf die Erosion der Wählermärkte, nämlich neue Wählergruppen anzusprechen, ließe sich durch eine *policy*-bezogene Reaktion ergänzen. Der *Catch-all*-Ansatz sollte gegebenenfalls sektorspezifisch ausgeweitet werden, um auch *Ad-hoc-Issue*-Allianzen an sich zu binden.«

Der oppositionellen CDU empfahl er konkret, sich die FDP zum Vorbild zu nehmen und eine moderne Kaderpartei zu schaffen, in der die Führung mit den Mitgliedern über die Medien kommunizieren sollte, denn: nicht die soziale Einbindung, sondern die »Mitgestaltung der gemeinsamen Überzeugungen« würde zukünftig die Mitgliedschaften prägen. Dabei käme es weniger auf die Inszenierung an, als auf die »Fähigkeit, einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt (*cleavage*) politischen Ausdruck zu verleihen«.[37]

Diesen Empfehlungen versuchte die Merkel-Union auch mit einem Kanzlerkandidaten Stoiber zu folgen. Allerdings hatte sie Probleme, in der politischen Mitte die gesuchten *cleavages* zu finden. Ein solcher wäre beispielsweise in ihren damals recht rigiden Forderungen zur Einwanderung (stärkere Begrenzung, Nichtanerkennung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung, Absenkung des Nachzugsalters von 16 auf 6 Jahre, Lockerung der Bestimmungen für Aussiedler) zum Ausdruck gekommen. Sie wurden aber wegen der Rücksicht auf die »Mitte« nur teilweise ins Wahlprogramm aufgenommen. Das größte Problem war hier, daß wichtige Vorfeldorganisationen der Partei, nämlich weite Teile der Kirchen und der Wirtschaftsverbände, sich für die Annahme des rot-grünen Einwanderungsgesetzes ausgesprochen hatten.[38] Auch Stoiber stand unter dem Anpassungsdruck der Mitte. Laut einer EMNID-Umfrage vom Januar 2002 wurde er auf einer Skala von eins bis zehn mit 6,4 rechts von der CDU (5,8) eingeschätzt, Schröder dagegen stand mit 4,4 rechts von der SPD (4,1) und damit in der Mitte. Es hieß, Stoiber müsse diese Werte verschieben; andernfalls könne vor allem Schröder die Wechselwähler auf seine Seite ziehen.

So verwischte Stoiber seine politischen Konturen bis zur Unkenntlichkeit. Er mied aber auch Merkels Begriffe der »Wir-Gesellschaft« oder der »Neuen sozialen Marktwirtschaft« und übernahm sie nicht ins gemeinsame Wahlprogramm. Weil er aber auch keine überzeugenderen eigenen Begriffe prägte, fehlten der Union Schlagworte zur Popularisierung des eigenen Programms. Nach der Wahl wurde

der Partei bescheinigt, insgesamt den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Bei nur geringer Stimmenverschiebung wäre sie zum Erfolg gekommen, deshalb verbiete sich ein radikaler Kurswechsel oder eine programmatische Kehrtwende von selbst.[39]

Es gab aber auch kritische Stimmen. Viele Experten monierten an Stoibers Wahlkampf angesichts der lediglich auf Arbeitsmarkt und Wirtschaft beschränkten Themen das »allzu starre Argumentationskonzept, das flexible Reaktionen auf unvorhergesehene Herausforderungen nicht zuließ«,[40] und daher auch eine koordinierte und medienwirksame Reaktion auf die Flut im August 2002 verhinderte. Zudem hätten sich diese Themen sehr schnell verbraucht und bald als langweiliges Wiederholungsritual erwiesen, zumal die Union ihren Wahlkampf viel zu früh und zu heftig begonnen habe. Außerdem sei die Profilierung gegenüber der SPD nicht richtig gelungen, die Unterscheidungsfelder Wirtschaft und Arbeit hätten eher einen pragmatisch-technokratischen Ansatz vermittelt. Echte Unterschiede müßten aber tiefer gehen als solch handwerklicher Pragmatismus und auch emotionale Faszination ausstrahlen. Stoiber habe insbesondere versäumt, auf Themen wie Ausländerpolitik oder Kriminalität zu setzen, bei denen der Union eine eindeutige Kompetenz zugeschrieben worden war und bei denen sie sich gegenüber der rot-grünen Politik klarer hätte profilieren können. Die Uneinigkeit der Union in der Frage des Irakkriegs und der »weichgespülte« Stoiber hätten dagegen unglaubwürdig und unsicher gewirkt.[41]

Liest man diese Kritiken von 2002, so fällt auf, daß man sie drei Jahre später im Wesentlichen unverändert wiederverwenden könnte. Merkel hat 2005 in ihrem Wahlkampf den Kurs unbeirrt fortgesetzt, mit dem schon der Kandidat Stoiber scheiterte. Man setzte sogar auf dieselbe Werbeagentur. Die einzige Änderung bestand also in der Auswechselung des Kandidaten. Stoibers weichgespülten Kurs mit einer dafür besser geeigneten Angela Merkel fortzusetzen, schien vielen CDU-Strategen zudem aus der Analyse des geänderten gesamtdeutschen Wahlverhaltens logisch zu folgen. 2002 stagnierte nämlich die absolute Stimmenzahl der CDU bei 14,1 Millionen. Das waren nur 160.000 Stimmen mehr als 1998. In deutlichem Kontrast dazu stand die CSU in Bayern, die mit dem Kandidaten Stoiber eine knappe Million Wähler zusätzlich mobilisieren konnte.

Für die CDU zeichnete sich dagegen ab, daß das Ergebnis von 1998 eben keine singuläre Niederlage gewesen war, die sich nur dem Bedürfnis nach Abwahl Helmut Kohls verdankte, sondern einen langfristigen Trend einleitete. Die Union hatte zum zweiten Mal die 40 %-Marke klar verfehlt und damit ihren scheinbar natürlichen Anspruch auf die Stellung der stärksten politischen Kraft im Bundestag eingebüßt. Mit Besorgnis sahen viele christdemokratische Analysten 2002 die Gefahr einer strukturellen rot-grünen Mehrheit, da viele SPD-Anhänger mit der Zweitstimme strategisch Grün gewählt hatten. Besonders in den städtischen Ballungsgebieten sah man die höhergebildeten und vermögenderen Schichten dauerhaft zu den Grünen abwandern.

Ein noch schwierigeres Problem stellte aber das veränderte Wahlverhalten in den neuen Bundesländern dar. Dort hatte die CDU seit 1994 dramatisch an Zustimmung eingebüßt. Es schien nunmehr eingetreten, was schon Adenauer für den Fall der Wiedervereinigung befürchtet hatte, nämlich eine strukturelle Mehrheit der Linken durch den »roten Osten«. Doch mußte die CDU auch in allen norddeutschen Ländern und in weiten Teilen des Westens außerhalb Bayerns und Baden-Württembergs, vor allem in den Städten, Verluste verkraften. Die CDU könne nur noch Landtagswahlen gewinnen, wenn alle Anhänger zur Wahl gingen und die SPD Mobilisierungsdefizite aufweise, auf Bundesebene sei der Zug für die Christdemokraten aber erstmal abgefahren, frohlockte man in den *Frankfurter Heften*.[42]

Viele trösteten sich damals mit dem Hinweis, daß der Kandidat aus Bayern eben im Norden, Osten und in den Städten besonders schwer zu vermitteln gewesen sei. Aus dieser Ansicht bezog man 2005 die große Hoffnung, einer Norddeutschen und Protestantin wie Angela Merkel könnte es leichter fallen, eine gesamtdeutsche Anziehungskraft zu entfalten. Zudem rechnete man sich mit einer weiblichen Kandidatin besonders unter den Frauen wieder mehr Stimmen aus.

Merkel wird Kandidatin

Nach 39 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft in Nordrhein-Westfalen mußte die SPD am 22. Mai 2005 ihre Regierungsgeschäfte im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland abgeben. Gerhard Schröder trat die Flucht nach vorn an und ließ noch am Wahlabend durch Franz Müntefering Neuwahlen ankündigen. Mit dem Satz »Ich will Deutschland dienen« setzte Merkel einen »preußischen« Akzent und wurde daraufhin von der Union »einmütig und einstimmig« zur ersten deutschen Kanzlerkandidatin nominiert. Diesmal trat kein Andenpakt für Stoiber ein. Im Mai lag die Union in den Umfragen noch deutlich vor der SPD und hätte zusammen mit der FDP eine klare Mehrheit im Bundestag stellen können. Zudem zeigten sich nur 20 Prozent der Befragten zufrieden mit der Bundesregierung, und die Wechselstimmung war deutlich ausgeprägter als noch 2002. Waren die Voraussetzungen für den bevorstehenden kurzen Wahlkampf noch im Juni denkbar günstig, sank die CDU/CSU in der Wählergunst im folgenden Monat allerdings schon auf 42 Prozent. Man hoffte, durch die Präsentation eines Kompetenzteams Mitte August diese Talsohle zu überwinden. Es brachte aber lediglich einen Aufschub des Abwärtstrends. Kurz vor der Wahl war der Vorsprung der Union vor der SPD auf die Hälfte zusammengeschmolzen, die beiden Parteien lagen nur noch sieben Prozentpunkte auseinander. Die Union hatte sich anfangs zu sehr auf die positiven demoskopischen Daten verlassen. Obwohl man einen harten und überzeugenden Wahlkampf angekündigt hatte, befanden sich

viele Unionspolitiker den Sommer über nicht am Wahlkampfstand auf der Straße, sondern im Urlaub am Strand. War es Siegesgewißheit, war es mangelnde Motivation? Es hinterließ zumindest beim Wähler keinen guten Eindruck.

Kühle Vermittlung kalter Themen

Anfang August kündigte der CSU-Politiker Markus Söder an, daß es im Wahlkampf nicht mehr nur allein um wirtschaftliche Themen gehen werde, vielmehr wollte die Union nun auch die Europapolitik und Fragen der Identität Deutschlands ansprechen. Dabei sollte seiner Meinung nach auch der von der Union abgelehnte EU-Beitritt der Türkei zum Thema werden.[43] Bei dieser Ankündigung blieb es dann aber auch. Wie schon 2002 versteifte sich die CDU/CSU auf die Themen Arbeitslosigkeit und Wirtschaft. Die »soziale Kälte« von Merkels Marktradikalismus stieß dabei im Sozialstaat Deutschland voraussehbar auf wenig Gegenliebe. Gleichzeitig rückte die Union aber immer wieder von ihren auf dem Leipziger CDU-Parteitag beschlossenen Reformabsichten ab und verärgerte damit zusätzlich diejenige Klientel, die an die Notwendigkeit radikaler Veränderungen geglaubt hatte. Da auch die SPD für Reformen stand. unterschieden sich beide großen Parteien in den Augen der Wähler wieder einmal nur unwesentlich.

Zu Themen, bei denen sie ihre Unterscheidbarkeit zur Sozialdemokratie hätte deutlich zum Ausdruck bringen können, wie Integrationspolitik und Türkei-Beitritt, schwieg die Union dagegen beharrlich. Sie ließ überhaupt konservative Themen, einmal abgesehen von einem beinah marginalen Akzent auf Familie, vermissen und hielt »die heißen Sphären der konservativen Denkwelt – die Nation, die Religion, die Familie, die Tradition – (…) tief im Gefrierfach des Adenauerhauses verschlossen«.[44] Statt dessen hieß es »Vorfahrt-für-Arbeit«, an die aber niemand mehr recht glauben mochte. Der Vorsatz, einen ehrlichen Wahlkampf zu führen, der nichts verschweigt und nichts beschönigt, wurde für die Union zum unkontrollierbaren Selbstläufer. Merkel glaubte, es würde genügen, den Leuten Opfer abzufordern, ohne gleichzeitig auf eine stärkere gemeinschaftsorientierte Emotionalisierung zu setzen. So fiel es ihr schwer, den Menschen die nötige Sicherheit und den Halt für die angekündigten entbehrungsreichen Jahre zu vermitteln. Sie ging »als ›ideologiefreie‹ Naturwissenschaftlerin (…) eher rational an die Probleme heran und hat deshalb auch die Ängste der Deutschen unterschätzt«.[45]

Merkel fand nicht die richtige Sprache, um ihren harten Reformkurs zu vermitteln. Immer wieder erging sie sich zudem in eigentümlichen Redeweisen, so wollte sie »Gärtner sein und nicht Zaun«. Eine rhetorische Panne folgte der andern. Merkel verwechselte Brutto und Netto, Merkel leistete sich den prophetischen Versprecher von der Koalition mit der SPD – statt FDP. Es ist schwer zu begreifen, wie die Union angesichts solcher persönlichen Schwächen auf eine

Personalisierungsstrategie setzen konnte. Hatte man bei Stoiber noch auf eine »Inszenierung der Nichtinszenierung« vertraut, um dessen Sachkompetenz dem Blender Schröders entgegenhalten zu können, schien man nun tatsächlich an eine Art Kult-Potential von »Angie« zu glauben. Mit ihrer Inszenierung in Orange, mit Sprechchören (»Wir haben ein Idol, Angela Merkel«) und den aus amerikanischen Wahlkämpfen bekannten Namensschildern begab sich die Union auf ein zweifelhaftes Niveau, das der gegenüber dem »Medienkanzler Schröder« gern betonten Seriösität jedenfalls diametral entgegenstand und außerdem keine Aussicht hatte, Schröders Ausstrahlung irgendwie zu überbieten.

Merkel unter Beschuß

Schröder gelang durch den vorzeitigen Abbruch seiner Legislaturperiode und das Vorziehen der Wahl ein strategisches Meisterstück. Merkel hatte darauf gesetzt, daß die rot-grüne Regierung sich einfach bis zum Ende ihrer Amtszeit vor aller Augen zu Tode laufen würde; sie hatte sich vorgenommen, auf den Ruf nach der rettenden Union zu warten. Um die Selbstzersetzung der Regierung nicht durch harte Oppositionspolitik zu stören, setzte Merkel auf konstruktive Zusammenarbeit. Diese sanfte Tour hat Schröder ihr durch den gewaltsamen Abbruch der rot-grünen Regierung vermasselt. Von nun an führte die SPD in Teilen einen Oppositionswahlkampf, von dem sich Merkels Union tatsächlich in die Defensive drängen ließ. Nicht Schröder mußte seine Regierungsbilanz verteidigen, sondern Merkel ihre Steuerpläne.

In modernen Demokratien gilt der Grundsatz, daß nicht die Oppostion Wahlen gewinnt, sondern die Regierung sie verliert. Merkel legte aber im Wahlkampf ihre Pläne vor, als wären sie ein Regierungsprogramm. So waren sie in ihrer Detailliertheit vom politischen Gegner leicht angreifbar. Mit Merkels Kompetenzteam sollten »die Themen ein Gesicht bekommen«.[46] Der von der Union als Joker gehandelte ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof brachte dann sogar kurzzeitig einen Aufstieg in den Umfragewerten, bis Schröder Merkels Steuerexperten als ein medienwirksames Vehikel entdeckte, das ihm den Irakkrieg ersetzen sollte. Da man sich an einer »Dame« nicht direkt vergreifen kann, ohne an Ansehen zu verlieren, bot der Professor für Schröder die perfekte Ersatzzielscheibe, um Merkel über die Bande zu treffen. Die Diskussionen um Kirchhofs Person und die Uneinigkeiten innerhalb der Union über die Umsetzbarkeit seiner Pläne, ließen das Vertrauen der Wähler wieder sinken. Lange Zeit lag die Union in der Frage der Steuerkompetenz deutlich vor der SPD. Die Demontierung der Person Kirchhof durch die Medien und auch aus den eigenen Reihen kehrte diesen Trend aber um. Eine Vereinfachung des Steuersystems durch eine einheitliche Steuer, das klang in den Ohren der meisten Wähler sicher gut. Die Diskussion um deren Umsetzbarkeit, Finanzierbarkeit und Gerechtigkeit verunsicherte sie

dagegen zunehmend und machte Steuerfragen zu einem Stigma christdemokratischer Politik.

Merkel hatte aber auch mit Beschuß aus den eigenen Reihen zu kämpfen. Für ostdeutsche Wähler irritierende und für Merkel ungelegene Signale sandten Jörg Schönbohm im Zusammenhang mit den Babymorden in Brandenburg und kurz darauf Edmund Stoiber: Dessen Äußerungen über im Osten verlorene Wahlen brachten Merkel den Verlust wichtiger mitteldeutscher Stimmen, und auch im Westen kam Stoibers arrogant interpretierte Äußerung nicht überall gut an.

Ganz abwegig jedoch waren Schönbohms und Stoibers Überlegungen hinter ihren Vorstößen nicht: Die Umfragewerte der Union waren in den neuen Bundesländern sowieso miserabel, was vor allem mit dem Erstarken der PDS durch ihren Zusammenschluß mit der WASG und der Rückkehr Gregor Gysis zusammenhing. Diese Renaissance dürfte Schönbohm im Blick gehabt haben, als er sittliche Verwahrlosung und DDR-Vergangenheit in einen angreifbaren Zusammenhang brachte. Konterkariert wurden Merkels Bemühungen zusätzlich von der Riege der Ministerpräsidenten, welche sehr zum Unmut der Wähler Teile der geplanten Mehrwertsteuererhöhung auf ihre Haushaltssanierung umlenken wollten.

V. Merkels Bilanz

»Der Wähler hat gesprochen und sein vernichtendes Urteil über die Unionskanzlerkandidatin Merkel gefällt. (...) Merkel hat gefloppt,« urteilte Bettina Röhl nach der Wahl.[47] Merkel sollte damit persönlich Verantwortung dafür übernehmen, daß ihre Partei ungefähr 10 Prozent ihres Stimmenpotentials eingebüßt hatte und innerhalb von vier Monaten von anfänglichen Umfragewerten bis zu 50 Prozent tief auf 35 Prozent zurückgefallen war. Daß die CDU dennoch eine knappe Mehrheit im Bundestag stellen kann, lag einzig und allein an den noch höheren Verlusten der Sozialdemokraten. Noch schockierender ist der Befund, daß per Saldo der Wählerwille auf eine linke Mehrheit gerichtet war. Grüne, SPD und Linkspartei zusammen kamen auf fast 51 Prozent der Stimmenanteile. Die strukturelle linke Mehrheit, die sich schon 2002 abzeichnete, scheint nun von unabsehbarer Dauer zu sein – ein langfristiger Schaden für die Union.

Die CDU zeigte sich unter Merkel außerstande, aus der Dynamik der sich ändernden Wählermärkte Konsequenzen zu ziehen, die diesen Abstieg hätten verhindern können. Merkel fängt mit diesem Wahlergebnis in vieler Hinsicht an genau der Stelle an, an der Kohl 1998 aufgehört hatte. Dies wird deutlich, wenn man das langfristige Wahlverhalten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen seit dem Gang der CDU in die Opposition vor knapp acht Jahren in die Analyse des Wahlausgangs einbezieht.[48]

Alte Bundesländer

Zwischen 1994 und 1998 hat es in den alten Bundesländern vor allem eine Bewegung ehemaliger Unionswähler zur SPD gegeben, 2002 verlor im Westen die SPD an die Grünen und die Union. Das Wahljahr 2002 brachte durch das überdurchschnittliche Abschneiden der CSU und die hohen Verluste der SPD in Bayern eine Trennlinie innerhalb Westdeutschlands. Daß die Union bundesweit einen Zuwachs von 3,3 Prozentpunkten zu verzeichnen hatte, verdankte sie zu über 80 % dem bayerischen Sondervotum. Als amtierender Ministerpräsident Bayerns konnte sich Edmund Stoiber seinen »Heimvorteil« sichern und in seinem Bundesland einen Zuwachs von 10,8 % für die Union einfahren. Die geringen Gewinne der Union im restlichen Deutschland spiegeln die Schwierigkeiten mit der bundesweiten Vermittlung des Landespolitikers Stoiber wider. Zudem brachte die Wahl von 2002 im Westen ein altbundesrepublikanisches Regionalmuster wieder stärker zum Vorschein: Während die Union in Hamburg und Bremen sogar leichte Verluste hinnehmen mußte, konnte sie in Baden-Württemberg deutlich zulegen (+5,9 %). Neben dieser Nord-Süd-Linie zeichnete sich in den alten Bun-

desländern wieder stärker ein Auseinanderklaffen von Stadt und Land ab. Die Union gewann vor allem dort, wo sie ohnehin bereits stark war; so legte sie in den ländlichen Gebieten stellenweise viermal so hoch zu wie in den städtischen.

2005 verringerte sich das Nord-Süd-Gefälle durch die Verluste der CDU/CSU in Bayern und Baden-Württemberg wieder, auch wenn sich die beiden großen Parteien in ihren Hochburgen nach wie vor halten konnten. Die Linkspartei konnte auch im Westen durch den Zusammenschluß mit der westdeutschen WASG deutlich zulegen. Ihr mit Abstand bestes Ergebnis erzielte sie in der politischen Heimat ihres Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine, im Saarland, aber auch in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen ist sie überdurchschnittlich erfolgreich. Auch bei der Bundestagswahl 2005 blieb das Stadt-Land-Gefälle nach wie vor markant. Die SPD gewann in Groß- und Mittelstädten sowie in den Gebieten mit hoher Einwohnerdichte, die Union vor allem in ländlichen Gebieten und Gemeinden.

Neue Bundesländer

In den neuen Bundesländern verlor die CDU zwischen 1994 und 1998 in alle Richtungen. 2002 gewann im Osten vor allem die SPD auf Kosten der PDS. Der verpaßte Wiedereinzug der PDS in den deutschen Bundestag hing zum einen mit dem Abgang der Galionsfigur Gregor Gysi zusammen – 2002 zeigten sich nur noch 58 % von ihrer Parteispitze überzeugt, 1998 waren es noch 89 % gewesen – vor allem aber mit Gerhard Schröders »Deutschem Weg«. Durch die Profilierung der SPD als Anti-Kriegs-Partei während der Irak-Debatte wurde die PDS als einzige deutsche Friedenspartei erfolgreich abgelöst. Die hohen Verluste der PDS und der Rechts- und Randparteien und die partiellen Gewinne der vier »Westparteien« im Osten ließen die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland kurzzeitig nicht mehr ganz so deutlich ausgeprägt erscheinen. Die Union konnte im Osten 2002 allerdings nur marginal zulegen (+1 %). Nach der Bundestagswahl 2005 traten durch die deutlichen Verluste der SPD im Osten (durchschnittlich –9 %) und der dadurch signifikant erstarkten Linkspartei die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern wieder auffallender zu Tage. Auch wenn die Verluste der Union im Osten geringer ausfielen als die im Westen, stellte die PDS in den neuen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns nach der SPD die zweitstärkste Partei. Ohne die fünf neuen Länder und Ostberlin hätten die Union und die FDP mit 47,7 % eine mehrheitsfähige Regierung bilden können; im Osten kamen sie zusammen auf nur 33,2 %. Das ausgeprägte Abwanderungsverhalten von der SPD kam zwar in erster Linie der Linkspartei zugute, in Sachsen profitierte davon aber auch die NPD, die dort einen Spitzenwert von 4,9 % für sich verbuchen konnte. Die Wahlbeteiligung lag auch 2005 mit 74,5 % wieder deutlich unter der Wahlbeteiligung in den alten Bundesländern (78,5 %).

Konfessionen

Bei den Katholiken erreichte die CDU/CSU stets überdurchschnittliche Ergebnisse. In geschlossenen katholischen Siedlungsgebieten ist eine Lufthoheit der Union auch heute noch relativ wahrscheinlich. Doch 1998 lag die Union mit 47 Prozentpunkten auch bei den Katholiken unter ihren sonstigen Ergebnissen. Während die CDU/CSU bei den Katholiken mit starker Kirchenbindung immerhin noch einen Zuspruch von 70 Prozent zu verzeichnen hatte, rutschte sie bei den weniger kirchengebundenen Katholiken auf unter 40 Prozentpunkte. Stoiber konnte hier besonders in Bayern überdurchschnittlich viele Stimmen gutmachen, die Merkel 2005 vorrangig an die FDP wieder abgeben mußte (–3 %). Von Kohls Verlusten bei den Protestanten konnte Stoiber insgesamt immerhin fünf Prozentpunkte zurückholen, die Zugewinne beschränkten sich aber auf Protestanten mit starker Kirchenbindung. Die weniger bis gar nicht kirchengebundenen Protestanten bevorzugten 2002 mit je über 40 Prozent die SPD.

Trotz ihrer protestantischen Herkunft verlor Merkel die Stimmen der stark kirchengebundenen Protestanten wieder, deutlich auch unter den Protestanten im Osten (–5 %). Diese Stimmen teilten sich Linke und FDP. Bei den Konfessionslosen hatte Kohl überdurchschnittliche Verluste hinzunehmen gehabt. Stoiber gelang es, vier Jahre später immerhin 3 Prozentpunkte wieder gut zu machen, die Merkel 2005 vor allem an die Linkspartei wieder verlor. Merkels Anbiederung an diese Gruppen durch bewußte Vernachlässigung des Christlichen hat also nicht viel gebracht.

Alterskohorten

Der traditionelle Vorsprung der Union in der Alterskohorte der über 60jährigen schmolz 1998 etwa gegenüber der SPD von fünfzehn auf vier Prozentpunkte zusammen. Ebenfalls deutlich verlor die Union bei den 45–59jährigen (–9 %), wovon alle anderen Parteien, besonders aber die SPD, profitierten. Es läßt sich also zugespitzt formulieren, daß besonders die älteren Wähler einen neuen Kanzler Schröder wollten, während die unter 45jährigen ihren Stammparteien relativ treu blieben. Die großen Verluste bei den Älteren konnte die Union 2002 teilweise wieder ausgleichen, allerdings verzeichnete Stoiber ein starkes Defizit bei den über sechzigjährigen ostdeutschen Frauen (–10 %), welches der SPD zugute kam. Merkel mußte 2005 bei den Älteren erneut Verluste verkraften (–2 %).

Dagegen konnten die »ergrauenden« Grünen 2002 bei den 45- bis 59jährigen vier und bei den über 60jährigen drei Prozentpunkte zulegen, eine Tendenz, welche die Dominanz der Union in der Gruppe der Älteren langfristig gefährdet. Diese Gruppe ist aber unter dem Gesichtspunkt der Wahlbeteiligung und der schieren Größe die vielleicht strategisch wichtigste. Da die Jungwähler gegenüber den Älteren immer weniger werden, stellen die älteren Wähler im Grunde seit Jahren die tragenden

Säulen der Wahlbeteiligung dar. So gehörten von den etwa 61,9 Mill. Wahlberechtigten 2005 rund 33 % der Gruppe der ab 60jährigen an und ihre Wahlbeteiligung lag mit 80,2 % (zwischen 60 und 70 Jahren sogar fast 85 %) um 2,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung aller Altersgruppen.

Bei den mittleren Altersgruppen hatte sich 1998 nicht viel verändert. Es gelang der Union 2002 bei der Kohorte der 25–34jährigen, die sich zum großen Teil im Berufseintrittsalter befinden und über die Arbeitsmarktbilanz von Rot-Grün 2002 wohl sehr enttäuscht waren, ein größerer Sprung (+6 %). Viel deutlicher als in der Kohorte der Älteren mußte die Union 2005 bei den mittleren Altersgruppen aber wieder Einbußen zugunsten der FDP, und v.a. der Linkspartei (+ 5 %) verschmerzen. Unter den jungen Wählern erreichten 1998 rechte Parteien insgesamt sieben Prozentpunkte, bei gleichzeitigen Verlusten der beiden großen Parteien – die Union verlor fast sechs Prozent. In dieser Gruppe lagen die Rechtsparteien damit noch vor der FDP und der PDS. Dies warf 1998 die Frage auf, ob junge Menschen von den etablierten Parteien überhaupt zu bekommen seien oder ausschließlich extrem wählen und schließlich dabei bleiben würden. 2002 schien sich diese Befürchtung erledigt zu haben, die Jungwähler entliefen sowohl den Rechtsparteien als auch im Osten der PDS (–10 %), wodurch Kandidat Stoiber immerhin drei Prozentpunkte zulegen konnte.

Aber unter Merkel verlor die Union 2005 – ebenso wie die SPD – wieder besonders bei den unter 25jährigen (–7 %). Diese wählten im Osten verstärkt die NPD und die Linkspartei, im Westen vorrangig die FDP. Die Grünen konnten bei den Jungwählern bezeichnenderweise weder 1998 noch 2002 noch 2005 zulegen. Der Trend zu einer verstärkten und nachhaltigen Wahlenthaltung bei den Wählern unter 30 Jahren (67 % Wahlbeteiligung) setzte sich im übrigen auch bei der Bundestagswahl 2005 fort.

Frauen

Während es 1998 insgesamt kaum Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen gab (abgesehen vom Frauenüberschuß bei den Grünen), konnte man innerhalb der einzelnen Altersgruppen doch Unterschiede erkennen. Die Union schnitt bei den Frauen in allen Altergruppen außer bei den über 60jährigen schlechter ab als die SPD, mußte aber auch bei den älteren Damen neun Prozentpunkte abgeben, in den neuen Bundesländern sogar 15 Prozentpunkte. 2002 wählten dann erstmals signifikant mehr Frauen die SPD als Männer, wobei jede zweite SPD-Wählerin angab, sie hätte mit ihrer Wahl Stoiber verhindern wollen. Die Bevorzugung der SPD durch weibliche Wähler war aber nur eine scheinbare, resultierte sie doch aus der Abwendung der Männer von der SPD hin zur CDU/CSU, während die Frauen in ihrem Wahlverhalten relativ konstant blieben. Deutlichen Zuwachs hatten die Sozialdemokraten nur bei den jüngeren Wählerinnen.

Auch 2005 entschieden sich vor allem die jungen Frauen tendenziell eher für die SPD. Die Union verlor bei den Jungwählerinnen 2005 trotz der weiblichen Kandidatin Merkel sieben Prozent, während sie bei den über 60jährigen Frauen noch immer auf 43 Prozentpunkte kam, auch wenn sie erneut einen Prozentpunkt abgeben mußte. Aber gerade bei den 45–59jährigen Frauen aus den neuen Bundesländern, also in Merkels soziologischer Gruppe, fuhr die Union ihre schwersten Verluste ein (–10 %).

Männer

Kohl verlor 1998 bei den Männern nicht ganz so stark wie bei den Frauen. Männliche Jungwähler, die 1998 verstärkt den rechten Randparteien ihre Stimme gaben (über 9 %), konnte Stoiber vier Jahre später wieder für die Union mobilisieren. Vor allem junge Männer mit geringer Qualifikation und Beschäftigung im sekundären Sektor entdeckten 2002 ihre Zuneigung für die CDU. Mit Stoiber gewann die Union aber auch bei älteren Männern, insgesamt fünf Prozentpunkte, während die SPD in gleichem Umfang verlor. Merkel verspielte diese Zugewinne. Sieht man in die einzelnen Alterskohorten, so fällt auf, daß die 25–34jährigen Männer aus dem Osten (–9 %) sowie die 18–24jährigen Männer aus dem Westen (–8 %) die stärkste Abwanderungstendenz zeigten und hier nur noch von den schon erwähnten Frauen mit Merkels soziologischem Profil übertroffen wurden. Diese jungen Männer wanderten teils zur FDP, teils in die Wahlenthaltung und besonders ausgeprägt zur Linkspartei ab. Sogar die SPD konnte bei den jungen Männern leicht zulegen, so daß sie ihren Vorsprung zur Union auf 13 Prozentpunkte Differenz ausbaute. Auch bei den älteren Männern, und stärker bei denen aus dem Westen, hatte die Union hohe Verluste zu verzeichnen.

Bildung

Nachdem dem die Union unter Kohl bei den Wählern mit geringer Schulbildung 1998 im Hinblick auf die vorangegangene Bundestagswahl sieben Prozentpunkte abgeben mußte und auf nur noch 38 Prozentpunkte kam, konnte sie 2002 die 40-Prozent-Marke wieder knacken und damit mehr Wähler für sich gewinnen als die SPD. Wie schon bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und in Bayern erzielte die Union zur Bundestagswahl 2002 ihre kräftigsten Zuwächse bei den weniger Gebildeten. Ebenso verwies die Union die Sozialdemokraten bei den Wählern mittlerer Bildung mit zwei Prozentpunkten Vorsprung auf den zweiten Platz. Merkel büßte auch diesen Vorsprung wieder ein. Die Abwanderung erfolgte vor allem in Richtung Linkspartei. Dennoch erreichte die Union, wie schon in den Jahren zuvor, bei dieser Klientel die höheren Anteile. Bei den Hochgebildeten

konnte die Union seit 1998 zwar zulegen und lag 2002 in dieser Kohorte durch die gleichbleibenden Prozentzahlen der SPD sogar nur noch zwei Prozentpunkte hinter dieser. Als Parteien der besser Gebildeten erscheinen allerdings – auch 2005 – vor allem die Grünen und die FDP, wobei sich gut ausgebildete Frauen eher den Grünen, ihre männlichen Kollegen dagegen mehr der FDP zuwendeten. Merkel verlor auch hier, jedoch nur marginal (–1 %).

Angestellte

1998 mußte die Kohl-CDU bei den Angestellten – eine Gruppe, die annähernd die Hälfte der Berufstätigen umfaßt und sich durch besondere Mobilität im Wahlverhalten auszeichnet – überdurchschnittliche Verluste in Kauf nehmen. Lag die CDU/CSU 1994 mit noch zwei Prozentpunkten vor der SPD, hatte diese nun einen klaren Vorsprung von vierzehn Prozentpunkten vor der Union. Besonders deutlich zeigte sich diese Entwicklung in der Gruppe der Angestellten ohne gewerkschaftliche Bindung, dort erreichte die SPD zum ersten Mal die Mehrheit. Schröders »Neue Mitte« war in dieser Gruppe mit Händen greifbar. Die Wahl 2002 brachte wenig Veränderungen. Stoiber gewann drei Prozentpunkte hinzu, die Merkel drei Jahre später wieder abgab, so daß die Union immer noch mit fünf Prozentpunkten hinter den Sozialdemokraten zurücklag, obwohl diese ebenfalls sowohl 2002 (–5 %) als auch 2005 (–3 %) starke Einbußen hinnehmen mußten.

Selbständige

Aus den Selbständigen rekrutiert die CDU seit alters her ihre Stammwählerschaft. An Schröders »Neue Mitte« verlor die Union 1998 aber einen Großteil dieser Stimmen. Ein anderer Teil der CDU-Verluste ging auf das Konto der Grünen. Stoiber gewann 2002 vier Prozentpunkte von der SPD zurück, allerdings fanden viele Selbständige 2002 wiederum zu den Grünen, die ihr Ergebnis von 1998 in dieser Gruppe nochmals verbesserten. Mit Merkel rutschte die Zustimmung dieser CDU-Kernwählerschaft noch unter das 1998er Ergebnis von Kohl. 2005 verlor die Union sechs Prozentpunkte bei den Selbständigen, bei denen im Osten sogar elf Prozent. Diese Verluste gehen zum Teil auf strategisches Stimmensplitting zurück, profitiert hat die FDP.

Beamte

Die sonst recht flexible Gruppe der Beamten zeichnete sich im Wählerverhalten 1998 als eine relativ konstante Gruppe aus, hier hatte lediglich die FDP überdurchschnittlich verloren. Auch 2002 hatten die beiden großen Parteien keine

gravierenden Veränderungen zu verzeichnen. In diesem Jahr konnten allerdings die Grünen mit fünf Prozentpunkten zulegen. 2005 verlor die rot-grüne Koalition deutlich an Stimmen (–9 %). Damit war die Merkel-Union wieder stärkste Partei bei den Beamten, hat aber in der Linkspartei einen Konkurrenten bekommen: Gysi und Lafontaine verzeichneten Zuwächse um vier Prozentpunkte, blieben bei den Ost-Beamten konstant bei 24 Prozent und konnten im Westen immerhin 5 Prozentpunkte einfahren.

Arbeiter

Nachdem die SPD seit den achtziger Jahren zunehmend ihr Vertrauen bei den Arbeitern verspielt hatte und diese immer häufiger auch für die Union votierten, mußte Kohl 1998 bei den Arbeitern überdurchschnittliche Verluste verzeichen. Im Osten, wo die Arbeiter noch eine relativ große Gruppe darstellen, wurde diese Veränderung besonders deutlich. Während die Union 1994 immer noch stärkere Unterstützung bei den ostdeutschen Arbeitern fand als die SPD, führten die Sozialdemokraten 1998 dort mit einem Vorsprung von 15 Prozentpunkten. Es gab also einen Zugewinn zugunsten der SPD von 20 Prozentpunkten.

Stoibers Kandidatur führte zu einem erstaunlichen Zugewinn von neun Prozentpunkten bei den Arbeitern, vor allem im Westen (10 %). Damit lag die Union nur noch 3 Punkte hinter der einstigen Arbeiterpartei SPD, von der die neuen Wähler der CDU vor allem zuflossen. Selbst bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, welche ideologisch besonders starke Vorbehalte gegenüber der CDU haben, mußten die Sozialdemokraten Abwanderungen verschmerzen (+4 % für die Union). Hier zeigte sich zum einen die fortgeschrittene Erosion der SPD-Parteianbindung der Arbeiterschaft im Westen. Zum anderen nehmen die häufig stärker autoritär eingestellten Arbeiter die Gesellschafts- und Lebensentwürfe des grünen Koalitionspartners der SPD eher distanziert auf. Mit Merkel verlor die Union 2005 hingegen wieder deutlich in dieser Gruppe, deutlicher auch als die SPD. Die neugegründete Linkspartei gewann hier etwa in Höhe der Unionsverluste (7 %).

Arbeitslose

In der Gruppe der Arbeitslosen konnte die Union 2002 im Vergleich zu 1998 ähnlich wie bei den Arbeitern kräftig zulegen (+7 %). Von der SPD wendeten sich dagegen viele von der Regierung und deren Arbeitsmarktpolitik enttäuschte Arbeitslose ab. 2005 fuhr Merkel hier aber wieder fünf Prozent minus ein. Mit minus 10 Prozent verloren die Sozialdemokraten aber noch deutlicher in dieser Gruppe. Zugute kamen die Stimmen von CDU/CSU und SPD der Linkspartei

(+14 %), die bei den ostdeutschen Arbeitslosen mit 39 Prozent sogar stärkste Partei wurde. Schon 1998 zeichnete sich ab, daß neben den ostdeutschen Arbeitern, auch die Gruppe der Arbeitslosen aus den neuen Bundesländern vergleichsweise stark für Rechtsaußenparteien votierte (8 %). Im Jahr 2005 setzte sich dieser Trend unverändert fort: vier Prozent im Westen und sieben Prozent im Osten stimmten für die NPD.

Rentner

Obwohl die Gruppe der Rentner zu den stabilsten Wählergruppen gehört, verlor die SPD 2005 rund fünf Prozent der Stimmen, die zu je drei Prozentpunkten an die Linkspartei und an die Liberalen übergingen. Damit verschob sich das bis dahin ausgewogene Verhältnis der beiden großen Parteien in dieser Gruppe zugunsten der CDU/CSU, welche zwar auch einen Prozentpunkt einbüßte, aber eben weniger als die SPD.

Wählerwanderung

An wen mußte die Union eigentlich am meisten Stimmen abgeben? Zum einen sind die Abwanderungen zur FDP (über eine Million Stimmen) zu nennen, sie ergaben sich aus der definitiven Koalitionszusage der Freidemokraten und dem daraus resultierenden Stimmensplitting – ein deutliches Votum vieler bürgerlicher Wähler gegen eine große Koalition. Den zweitgrößten Posten verlor Merkel an die Nichtwählerschaft. Etwa 800.000 neugewonnenen ehemaligen Nichtwählern stehen fast anderthalb Millionen Stimmen gegenüber, die sich in Wahlenthaltung geübt haben. Merkel hatte also ein überdeutliches Motivationsproblem. Dieses Problem hatten übrigens alle Parteien außer der Linkspartei, die als es als einzige vermochte, im Austausch mit dem Nichtwählerlager mehr Stimmen hinzu zu bekommen als abzugeben (plus 430.000) Der drittgrößte Posten beim Stimmenschwund resultierte aus der schlechten Erstwählersituation der Union. Etwa 900.000 verstorbenen Unionswählern standen gerade einmal 500.000 Erstwähler gegenüber. An vierter Stelle stehen die Verluste in Richtung Randparteien. Die Linkspartei erhielt etwa 290.000 ehemalige Unionsstimmen, rechte Parteien bekamen etwa 170.000 Stimmen.

Die größten Zugewinne erzielte die Union im Lager der SPD und (in deutlich geringerem Umfang) bei ehemaligen Grünen-Wählern (von beiden im Saldo insgesamt etwa 750.000 Wähler). Diese Zuwächse sind aber weniger der Anbiederung an die Wählermilieus in den großen Städten, als vielmehr der historisch einmaligen Enttäuschung über die Bundesregierung zu verdanken. Sie sind somit kein fester Posten für Merkels Union. Bei der Bundestagswahl 2002 konnte Stoiber

dagegen noch in allen Lagern Stimmen hinzugewinnen, die Mehrzahl aber auch damals von der SPD (+1.180.000). Trotz niedriger Wahlbeteiligung mobilisierte er im Saldo zusätzlich 180.000 ehemalige Nichtwählerstimmen und profitierte darüber hinaus von den rechten Randparteien – so stark wie keine andere Partei (+130.000). Wie schon 1998 und wieder 2005 wirkte sich auch 2002 der Generationenwechsel mit minus 540.000 Stimmen auf die Union besonders negativ aus.

Fazit

Bettina Röhl hat also recht: Angela Merkel konnte im Wahlkampf keine Stärken zur Geltung bringen und profitierte ausschließlich von der Schwäche der SPD. Mehr noch: Naheliegende Stärken der Union nutzte Merkel nicht oder desavouierte sie. Sollte sich eines Tages Merkels Erfolglosigkeit beim Wahlvolk nicht mehr durch die noch größere Erfolglosigkeit der SPD kaschieren lassen, dürfte sie angesichts der starken CDU-Rivalen mit schweren Angriffen aus der Partei zu rechnen haben.

Die Erfolglosigkeit der Union und Merkels bei den Wählern läßt sich dabei keinesfalls mit den schlecht konzipierten Wahlkämpfen oder innerparteilichen Machtkämpfen allein erklären. Vielmehr ist beides in letzter Ursache auf die Persönlichkeit, aber auch die inhaltlichen Positionen der Parteichefin zurückführen. Merkels Unterkühltheit macht sie unsympathisch, ihre charakterliche Glattheit sogar ein wenig unheimlich. Sind es schon die Inhalte der CDU, die in vieler und verschiedener Hinsicht schwierig zu vermitteln sind, so ist es erst recht Merkels Charakter, der die Vermittlung vollends unmöglich macht. Merkel war angetreten, um den Beweis zu erbringen, daß die Union im Osten sowie mit Frauen und Protestanten neue Wählerkoalitionen schmieden könne. Doch diese Hoffnungen sind enttäuscht worden. In der Tat konnte Merkel weder den Frauenbonus nutzen noch im Osten der Republik etwas erreichen. Vielmehr verlor sie gerade in diesen Gruppen deutlicher als bei anderen.

Der Anbiederungskurs an die urbane Mitte hat sich ebenfalls nicht ausgezahlt. Die Mobilisierungsdefizite der Stammwähler und die Abwanderung ehemals geneigter Gruppen wiegen tatsächlich weit schwerer als die vergleichsweise beschaulichen, großenteils sicher auch einfach einer momentanen Wechselstimmung geschuldeten Stimmenzugewinne von ehemaligen Rot-Grün-Wählern. Die Zukunft der CDU müßte also in einer anderen Richtung gesucht werden. Tatsächlich hatte die Union in den letzten Jahren aus ganz andern Gruppen Zuläufe erfahren, als Merkel sie auf der Rechnung hatte.[49] Zum einen entdeckten größere Teile der männlichen Unterschicht ihre Zuneigung für die Union. Seit Beginn des Jahrzehnts ist die Partei sogar zur »Mehrheitspartei der deutschen Arbeiter« geworden, da junge Männer mit geringer Qualifikation und Beschäftigung im sekundären Sektor für eine »Proletarisierung« der Unionswählerschaft gesorgt

haben. Besonders große Resonanz fand die Union bei jungen großstädtischen »Frustarbeitern«, die bei den gebildeten und anspruchsvollen Frauen ihrer Generation nicht mehr so gut ankommen und den feministischen Postmaterialismus von Rot-Grün verabscheuen. Die zweite größere Gruppe, die seit längerem zum bürgerlichen Lager tendierte, waren die 25–34jährigen Berufseinsteiger der sogenannten »Generation Golf«. Insbesondere die männlichen Teile dieser letzten geburtenstarken Kohorte der Bundesrepublik hatten sich von den postmaterialistischen Werten der Vorgängergeneration gelöst und erwarteten nun von der CDU die Einlösung materialistischer Versprechen.

Männliches Jungproletariat und »Generation Golf« könnten also langfristig eine wichtige Ergänzung der Stammklientel aus Katholiken und Selbständigen bilden, gerade im Hinblick auf die Probleme, die der Union durch das Nachwachsen der 68er-Generation in das Alterssegment der über 60jähigen entstehen, in der bislang ihre treuesten Unterstützer zu finden waren. Zwar kann die CDU insgesamt in eine stabilere Zukunft schauen als die SPD, welche seit geraumer Zeit nicht mehr über das Fundament einer festen Bindung an Arbeiterklasse und Gewerkschaften verfügt. Allerdings reicht ihr bürgerlich-katholischer Kern nicht für Mehrheiten aus. Die Union muß also tatsächlich schauen, daß sie bei anderen Gruppen Erfolge erzielen kann.

Nichts spricht indes dafür, das diese neuen Wähler gerade aus den städtischen Mittel- und Oberschichten oder bei hochgebildeten Frauen rekrutiert werden könnten. Beim Sieg der als »moderne Großstadtpartei« verkauften Hamburger CDU Ole van Beusts hatten – bei stark abschmelzendem Stimmensockel der SPD – die Rentner und hier vor allem ältere Frauen die ausschlaggebenden Stimmen gebracht. Roland Koch in Hessen erreichte seine stabile absolute Mehrheit 2003 zum einen durch die hohen Verluste der SPD bei 25–35jährigen der »Generation Golf« (SPD –18,6 %, CDU +14 %), zum anderen durch die hohen Verluste der SPD bei den Arbeitern (SPD –16 %, CDU +16 %). In Hessen hatte damit die Hälfte der Arbeiter für die CDU votiert.[50] Daß die Merkel-Union dieses strategische Potential auf Bundesebene verspielt hat, ist ihr eigentlicher Sündenfall. Sie ist programmatisch immer besitz- und bildungsbürgerlicher geworden zu einem Zeitpunkt, als die Wählerbasis sich verproletarisierte.

Karlheinz Weißmann wies schon vor zwei Jahren darauf hin, daß sich angesichts des Bedeutungsverlustes der klassischen konservativen Milieus wohl ein Bündnis von Elite und einfachen Leuten nach dem Vorbild des von Benjamin Disraeli einst vorgelegten Konzepts einer »Tory-Demokratie« in einer neuen Weise als attraktiv und zukunftsorientiert erweisen könnte.[51] Die schon seit Jahren organisatorisch und soziokulturell nicht mehr gebundene Arbeiterschaft, die unstet zwischen den Parteien oszillierte, scheint nun aber in der Linkspartei eine vorläufig stabilere Heimat gefunden zu haben. Mit Merkels Linie konnte sie nichts anfangen.

Zusammenfassung

Programmatisch hat sich unter Merkel von den drei Wurzeln der CDU, der christlich-sozialen, konservativen und liberalen im wesentlichen die letzte durchgesetzt. Durch die Kombination von wirtschaftspolitischem und gesellschaftspolitischem Liberalismus sind mit der sozialen und der konservativen Kompetenz diejenigen Richtungen der Union in der Defensive, die überhaupt geeignet wären, über ein engeres bürgerliches oder konfessionelles Milieu hinaus integrierend zu wirken. Gerade mit der Neutralisierung ihres nationalkonservativen Flügels hat sich die Merkel-Union den potentiell aussichtsreichsten Weg versperrt, ihre bröckelnde christliche und antikommunistische Ausgangsidentität auf eine zukunftsfähige Grundlage zu stellen.

Merkels dem Prinzipiellen abholde technische Vernunft sollte eine komfortable Nischenexistenz gegenüber dem SED-Staat, aber auch gegenüber der politischen Romantik der oppositionellen Bürgerrechtler in der DDR ermöglichen. Daß sie auf dieser Basis die Kanzlerschaft im wiedervereinigten Deutschland erringen konnte, ist ein Armutszeugnis für die visionäre Kraft des Landes.

Merkel hat mit ausgesprochener Härte und deutlichen Anleihen am Führungsstil des späten Kohl ihren innerparteilichen Durchsetzungswillen demonstriert. Durch ihren unverschuldeten Mangel an Parteisozialisation und »Hausmacht« ist sie aber gewissen Zwängen unterworfen, die auch ihren Umgang mit dem politischen Gegner in Mitleidenschaft ziehen.

Aus dem verlorenen Wahlkampf Stoibers hat die Merkel-CDU nicht die richtigen Konsequenzen gezogen. Monothematische Versteifung, verzerrende Imagepflege und Ausblendung wirklich relevanter Konflikte jenseits der Mitte wirkten schon bei Stoiber langweilig und unglaubwürdig. Eine Opposition, die es zudem zuläßt, daß die Regierung einen Oppositionswahlkampf gegen sie führt, hätte vielleicht besser in der Opposition noch ein wenig üben sollen.

Der Ausgang der Wahl hat die strategische Aussichtslosigkeit der derzeitigen Unionslinie deutlich offenbart. Merkel konnte in keiner der zunächst erhofften Richtungen Erfolge erzielen. Zuwachspotentiale in der Arbeiterschaft und der sogenannten »Generation Golf« hat sie nicht ausgeschöpft und mittlerweile sogar verspielt.

Merkel kann allein deshalb eine Regierung bilden, weil der sozialdemokratische Gegner in dieser bestimmten historischen Situation noch stärkere Einbußen zu verkraften hatte als die Union. Merkel hat mit dem Ausgang dieser Wahl auch einen strategischen Langzeitschaden für das bürgerliche Lager in Deutschland und eine strukturelle Mehrheit der Linken zu verantworten.

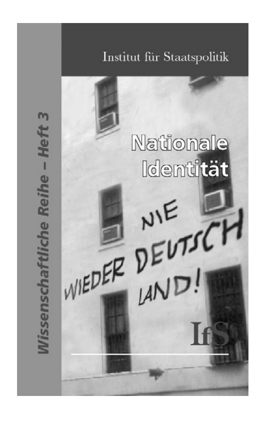
Anmerkungen

1 Felix Kurz u.a.: Fremde Kulturen, in: *Der Spiegel* 33 (2004), 33–35.
2 Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Freiburg i.B. 2002, 67.
3 Gerhard Besier: Keine Traumtänzerin, in: *Neues Deutschland* vom 5. 11. 2005.
4 Jürgen Busche: Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs, Berlin 1998, 244.
5 Busche, 167.
6 Ursel Sieber, Charlotte Wiedemann, Jürgen Elsässer u. a.(Hrg.): Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU?, Göttingen 1994.
7 Deutsche Demokraten, 28.
8 Friedbert Pflüger: Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder, Düsseldorf u.a. 1994, 186 und 195.
9 Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU, Ulm 2001, 151.
10 Langguth, Das Innenleben der Macht, 138ff.
11 Bösch, Macht und Machtverlust, 72.
12 Hajo Schumacher: Roland Koch. Verehrt und verachtet, Frankfurt am Main 2004, 157f.
13 Langguth, Das Innenleben der Macht, 240ff.
14 Mariam Lau: Jenseits von Leipzig. Selbstkritik der Union, in: *Die Welt* vom 25. Oktober 2005.
15 Karlheinz Weißmann wies schon 2000 darauf hin, daß die Unterscheidung zwischen einem »guten« Wertekonservatismus, der die positiven Bestände der Vergangenheit bewahren will (die unberührte Landschaft, den Sozialismus in der Stammesgesellschaft) und einem üblen Strukturkonservatismus, der tradierte Institutionen verteidigen möchte (Elternhaus, Kirche, Schule, Armee) auf den SPD-Politiker Erhard Eppler zurückgeht (Karlheinz Weißmann: Der lange Marsch der CDU nach links, in: *Junge Freiheit* vom 18. August 2000).
16 Vgl. Der Aufstand der Anständigen. Hintergründe und Erklärungsansätze, Wissenschaftliche Reihe des Instituts für Staatspolitik, Heft 2, Bad Vilbel, VIII/2001.
17 Doris Neujahr: Die Antifa-Republik. Angela Merkel und die Union unterwerfen sich der Geschichtspolitik der Linken, in: *Junge Freiheit* vom 25. November 2005.
18 z.B. die Titel von Peter Hahne: Schluß mit lustig. Das Ende der Spaßgesellschaft, Lahr 2004 oder Udo di Fabio: Die Kultur der Freiheit, München 2005.
19 Hans-Jürgen Leersch: Heimspiel für Stoiber, in: *Die Welt* vom 12. August 2002.
20 Gerd Langguth: Angela Merkel. München 2005, 308.
21 Hugo Müller-Vogg: Angela Merkel. Mein Weg, Hamburg 2004, 70f.
22 Doris Neujahr: Ich bin die Rache, in: *Junge Freiheit* vom 11. April 2003.
23 Karlheinz Weißmann: Der lange Marsch der CDU nach links, in: *Junge Freiheit* vom 18. August 2000.
24 Horst Poller: Rechts oder Links? Niedergang und Erneuerung der CDU, Bonn 1998, 115.
25 Alexander Gauland: Helmut Kohl – ein Prinzip, Berlin 1994, 48.
26 Gerd Langguth, Das Innenleben der Macht, 13ff.
27 Poller, 126.
28 Angela Merkel: Die von Helmut Kohl eingeräumten Vorgänge haben der Partei Schaden zugefügt, in: *FAZ* vom 22. Dezember 1999.
29 Bösch, Macht und Machtverlust, 151ff.
30 Ralf Neukirch u.a.: Der Männerbund, in: *Der Spiegel* 27 (2003), 38ff.
31 Schumacher, 199ff.
32 Ralf Neukirch u.a.: Matte Lichtgestalt, in: *Der Spiegel* 49 (2003), 28f.
33 Schumacher, 302ff.
34 Ralf Neukirch u.a.: Lehrmeister Lafontaine, in: *Der Spiegel* 23 (2004), 22ff. sowie Ralf Neukirch u.a.: Operation »Giftpille«, in: *Der Spiegel* 20 (2004), 32ff.
35 Konstantin von Hammerstein u.a.: Die Rache der Verlierer, in: *Der Spiegel* 32 (2004), 22-25.
36 Hajo Schumacher: Andenpakt nimmt Friedrich Merz auf, in: *Der Spiegel* vom 3. November 2005; ders.: Alle gegen eine, in: *Cicero* vom 1. Dezember 2005.
37 Karl-Rudolf Korte: Wie Parteien auf komplexe Wählermärkte reagieren: das Beispiel CDU, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45 (2000), Nr. 6, 707–717.
38 Frank Bösch: Bereit für den Wechsel? Die strategische und inhaltliche Positionierung von CDU/CSU und FDP vor der Bundestagswahl 2002, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 21 (2002), 13–22.
39 Stephan Eisel: Ein Wahlergebnis und sieben Fragen, in: *die Politische Meinung. PM.* Monatsschrift zu

Fragen der Zeit. Konrad-Adenauer-Stiftung 47 (2002), Nr. 396, 5–12.
40 Heinrich Oberreuter (Hrg.): Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, München 2004, 47.
41 Oberreuther, 185.
42 Manfred Güllner: Die strukturelle Schwäche der CDU, in: *Neue Gesellschaft*. *Frankfurter Hefte* 49 (2002), Nr. 11, 653–656.
43 Hans-Jürgen Leersch: »Die Leute müssen wissen, wofür die Union steht«, in: *Die Welt* vom 11. August 2005.
44 Wolfram Weimer: Die Kühle Wende. Die Utilitaristin Angela Merkel, in: *Cicero* vom 30. Juni 2005.
45 Hanno Müller: »Gnadenlos konsequent«, in: *Thüringer Allgemeine* vom 22. Oktober 2005.
46 Hans-Jürgen Leersch: »Die Leute müssen wissen, wofür die Union steht«, in: *Die Welt* vom 11. August 2005.
47 Bettina Röhl: Nach der Wahl die Qual!, in: *Cicero* vom 19. September 2005.
48 Vgl. die detaillierten Wahlanalysen von *infratest dimap*.
49 Franz Walter: Zurück zum alten Bürgertum: CDU/CSU und FDP, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* vom 27. September 2004, 32–38.
50 Rüdiger Schmitt-Beck: Die hessische Landtagswahl vom 2. Februar 2003: Erstmals Wiederwahl einer CDU-Regierung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34 (2003), Nr. 4, 671–689.
51 »Ein Konzept von Tory-Demokratie«, Interview mit Karlheinz Weißmann, in: *Junge Freiheit* vom 29. November 2002.

Literatur

Bösch, Frank: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Freiburg i. B. 2002.
Bösch, Frank: Bereit für den Wechsel? Die strategische und inhaltliche Positionierung von CDU/CSU und FDP vor der Bundestagswahl 2002, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 21 (2002), 13–22.
Busche, Jürgen: Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs, Berlin 1998.
Eisel, Stephan: Ein Wahlergebnis und sieben Fragen, in: die *Politische Meinung. PM.* Monatsschrift zu Fragen der Zeit. Konrad-Adenauer-Stiftung 47 (2002), Nr. 396, 5–12.
Gauland, Alexander: Helmut Kohl – ein Prinzip, Berlin 1994.
Güllner, Manfred: Die strukturelle Schwäche der CDU, in: *Neue Gesellschaft*. *Frankfurter Hefte* 49 (2002), Nr. 11, 653–656.
Korte, Karl-Rudolf: Wie Parteien auf komplexe Wählermärkte reagieren: das Beispiel CDU, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45 (2000), Nr. 6, 707–717.
Langguth, Gerd: Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU, Ulm 2001.
Langguth, Gerd: Angela Merkel. München 2005.
Müller-Vogg, Hugo: Angela Merkel. Mein Weg, Hamburg 2004.
Oberreuther, Heinrich (Hrg.): Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, München 2004.
Pflüger, Friedbert: Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder, Düsseldorf u.a. 1994.
Poller, Horst: Rechts oder Links? Niedergang und Erneuerung der CDU, Bonn 1998.
Schmitt-Beck, Rüdiger: Die hessische Landtagswahl vom 2. Februar 2003: Erstmals Wiederwahl einer CDU-Regierung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34 (2003), Nr. 4, 671–689.
Schumacher, Hajo: Roland Koch. Verehrt und verachtet, Frankfurt am Main 2004.
Sieber, Ursel/Siegler, Bernd/Wiedemann, Charlotte/Elsässer, Jürgen u.a. (Hrsg.): Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU?, Göttingen 1994.
Walter, Franz: Zurück zum alten Bürgertum: CDU/CSU und FDP, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* vom 27. September 2004, 32–38.



Nationale Identität

Wissenschaftliche Reihe – Heft 3
Arbeitsgruppe 1 im Institut für Staatspolitik

November 2001 · 32 Seiten · € 8



Die »Neue Rechte«

Sinn und Grenze eines Begriffs

Wissenschaftliche Reihe – Heft 5
Arbeitsgruppe 2 im Institut für Staatspolitik

Juli 2003 · 38 Seiten · € 8



»Das hier ist Krieg«

Die Rassenunruhen in Frankreich
und die Zukunft der multikulturellen
Gesellschaft

Wissenschaftliche Reihe – Heft 9
Arbeitsgruppe 3 im Institut für Staatspolitik

Dezember 2005 · 38 Seiten · € 8



Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
www.staatspolitik.de